

Leitantrag des Parteivorstandes an den Bundestags-Wahlparteitag 2009 der Partei DIE LINKE am 20./21. Juni in Berlin

Bundestagswahlprogramm der Partei DIE LINKE

**Konsequent sozial.
Für Demokratie und Frieden.**

DIE LINKE.

Leitantrag des Parteivorstandes an den Bundestags-Wahlparteitag 2009 der Partei DIE LINKE am 20./21. Juni in Berlin

Bundestagswahlprogramm der Partei DIE LINKE

Konsequent sozial. Für Demokratie und Frieden.

1 1. Ein Schutzschirm für die 2 Menschen

3 *„Der neoliberale Marktfundamentalismus*
4 *war immer eine politische Doktrin, die*
5 *gewissen Interessen diene. Sie wurde nie*
6 *von ökonomischer Theorie gestützt, ebenso*
7 *wenig von historischen Erfahrungen.“*
8 **Joseph Stiglitz, Nobelpreisträger und**
9 **ehemals Chefökonom der Weltbank,**
10 **Juli 2008**

11 Viele Bürgerinnen und Bürger, die am 27.
12 September wählen, tun dies in Sorge und
13 mit schwerem Herzen. Sie bangen um ihre
14 Zukunft, ängstigen sich um ihre Arbeit, ihr
15 Einkommen, ihren Ausbildungsplatz, ihre
16 Rente. Viele von ihnen sind wütend und
17 enttäuscht von neoliberaler Politik und dem
18 kapitalistischen System. Sie brauchen
19 einen Schutzschirm zur Rettung von
20 Arbeitsplätzen, Löhnen und
21 Sozialeinkommen.

22 Der Finanz-Kapitalismus hat die Welt in die
23 schwerste Finanz- und Wirtschaftskrise seit
24 80 Jahren getrieben. Die Politik des
25 Sozialabbaus, der Deregulierung und
26 Privatisierung, der entfesselten
27 Finanzmärkte und der einseitigen
28 Ausrichtung auf den Export und der
29 Vernachlässigung von Kaufkraft und
30 Binnenmärkten – diese Politik diene dem
31 Profit von Wenigen und geschah auf dem
32 Rücken und auf Kosten der Mehrheit der
33 Bevölkerung. Nur zwei Beispiele, die
34 zeigen, wie menschenverachtend dieses
35 System funktioniert: Die Spekulation auf
36 Rohstoffe treibt die Preise für Weizen und
37 Reis hoch. Deshalb hungern Millionen
38 Menschen noch mehr, und ihr Hunger
39 macht zehntausende Spekulanten reich.
40 Bei uns in Deutschland übernehmen
41 Finanzinvestoren florierende Unternehmen,

42 weideten sie um des höchsten Profits
43 willen aus und hinterließen Ruinen. Die
44 marktradikalen Geisterfahrer haben nur
45 zweierlei im Kopf: Der Markt regiert. Die
46 Profite müssen hoch sein und schnell
47 erzielt werden.

48 Der Kapitalismus hat eine Gesellschaft
49 hervorgebracht, in der die Herrschenden
50 Gier, Geiz, Egoismus und
51 Verantwortungslosigkeit zu Tugenden
52 erhoben haben. Ihre Vertreterinnen und
53 Vertreter haben abgewirtschaftet. Ihnen
54 darf das Land nicht länger überlassen
55 werden. Sie sind nicht bereit, aus dem
56 Scheitern ihrer Dogmen Lehren zu ziehen.
57 Die Deutsche Bank hält weiterhin Renditen
58 von 25 Prozent für das entscheidende Ziel
59 unternehmerischen Handelns.

60 Der Marktradikalismus ist am Ende. Die
61 anderen Parteien stehen in ihrer
62 praktischen Politik für ein Weiter-So im
63 Prinzip und für Änderungen im Detail: ein
64 paar Steueroasen schließen, auf böse
65 Manager schimpfen, die Finanzmärkte ein
66 bisschen zügeln. Weit und breit kein
67 Neubeginn.

68 Die Sorge, dass die Maßnahmen der
69 Bundesregierung nicht reichen, um Arbeit
70 und Einkommen von Millionen zu schützen,
71 ist zu Recht groß. Die Frage, wer am Ende
72 die Zeche für die Milliardenpakete zahlt,
73 lassen die anderen Parteien offen. Diese
74 Rechnung wollen sie den Bürgerinnen und
75 Bürgern erst nach der Wahl präsentieren.

76 Wir nehmen die Ängste der Menschen vor
77 dem Verlust ihres Arbeitsplatzes, vor
78 weiterer Ausgrenzung und Verarmung
79 ernst. Ihrer Wut geben wir eine Stimme und
80 die Zuversicht, dass es auch anders geht.
81 Zusammen mit den Gewerkschaften und

- 82 Sozialverbänden ist DIE LINKE im
83 politischen Raum die einzige konsequent
84 soziale Schutzmacht. Wir haben die soziale
85 Frage wieder auf die parlamentarische
86 Tagesordnung gesetzt. Es gilt die
87 Gleichung: Je stärker DIE LINKE, desto
88 sozialer unser Land.
- 89 Die gegenwärtige Krise ist keine
90 Konjunkturkrise. Vieles kommt zusammen,
91 was sich in den vergangenen Jahrzehnten
92 hinter grenzenloser Profitsucht angestaut
93 hatte: Kernschmelze auf den
94 Finanzmärkten, eine tiefe globale
95 Rezession, fortschreitende
96 Umweltzerstörung, Klimawandel und
97 Energiekrise sowie wachsende soziale
98 Polarisierung. Die Krise wird nicht in
99 wenigen Monaten vorbei sein. Die
100 entscheidende Frage ist längst nicht mehr,
101 ob die öffentliche Hand sich wirtschaftlich
102 engagiert, sondern in wessen Interesse, mit
103 welchen Zielen und auf wessen Kosten dies
104 geschieht.
- 105 Die Ungerechtigkeit im Land hat
106 zugenommen. Seit zwei Jahrzehnten
107 kannten die herrschende Politik und die
108 Wirtschaft nur eine Richtung: Die Löhne der
109 abhängig Beschäftigten sollten sinken - und
110 sie sanken. Die Steuern der Wohlhabenden
111 und großen Unternehmen sollten sinken -
112 und sie sanken; deren Gewinne aber sollten
113 steigen - und sie stiegen. Die oberen 20
114 Prozent wurden reicher, die unteren 50
115 Prozent ärmer. Die öffentlichen
116 Einrichtungen sind in einem jämmerlichen
117 Zustand. Jedes siebte Kind lebt in Armut, in
118 Ostdeutschland ist es jedes vierte. Zwei
119 von fünf allein erziehenden Frauen leben in
120 Armut. Unser Bildungswesen ist in einem
121 schlechten Zustand und zutiefst ungerecht.
122 Die Reichen sind damit beschäftigt, aus viel
123 Geld noch viel mehr Geld zu machen. Im
124 Jahr 2006 beliefen sich die privaten
125 Finanzvermögen in Deutschland auf eine
126 Summe von 4,5 Billionen Euro; den unteren
127 50 Prozent der Bevölkerung gehört davon
128 fast nichts, den oberen 20 Prozent fast
129 alles. Diese privaten Reichtümer wurden
130 zum Treibstoff für den raketenhaften
131 Aufstieg der Investmentfonds, der
132 Hedgefonds, für die Weltmacht
133 Finanzwirtschaft. Weil diese Fonds
134 Hunderte von Milliarden Euro
135 einsammelten, gewannen sie Macht über
136 die Politik. Ihre Anlage- und
137 Investitionswünsche wurden sogar für
- 138 starke Staaten zum Befehl. Diese Art des
139 Wirtschaftens hat der produzierenden
140 Wirtschaft sehr geschadet, es ging ihr an
141 die Substanz. Solide Unternehmen wurden
142 förmlich ausgeplündert, es wurde zu wenig
143 geforscht, zu wenig über neue Märkte und
144 neue Produkte nachgedacht.
- 145 Die aktuelle Krise ist die Krise einer
146 Wirtschaftsordnung, die allein für den Profit
147 produziert. Gerade in den letzten zehn
148 Jahren haben sich die Regierungen in den
149 Dienst des Kapitals gestellt. Mit der
150 Agenda 2010 wurde das Lohndumping auf
151 die Spitze getrieben. Zum ersten Mal seit
152 1945 wurden Löhne in einem
153 Konjunkturaufschwung gesenkt! Dies ist
154 nicht nur sozial hochgradig ungerecht,
155 darüber hinaus begann durch die
156 Schwächung der Binnennachfrage die
157 Wirtschaftskrise bereits im Frühjahr 2008.
158 Das Lohndumping, die damit verbundene
159 Umverteilung, ja die Enteignung der
160 Menschen in Deutschland und weltweit ist
161 schließlich dafür verantwortlich, dass die
162 Finanzmärkte aufgepumpt wurden. Mit
163 unserem Geld haben die Zocker im Casino
164 ihr Unwesen getrieben. Ein Finanzsystem,
165 das auf der Jagd nach Maximalrenditen
166 Billionen in spekulative Schneeballsysteme
167 versenkt statt reale Investitionen zu
168 finanzieren, erklärt sich selbst historisch
169 für bankrott.
- 170 Der Kapitalismus ist nicht nur sozial
171 ungerecht und ein Motor der
172 Klimakatastrophe. Er ist heute auch
173 wirtschaftsfeindlich.
174 Wirtschaftsunternehmen, die selbst im
175 Aufschwung Löhne drücken, Stellen
176 vernichten sowie Investitionen und
177 Forschungsausgaben reduzieren, um ihren
178 Anteilseignern möglichst hohe Summen
179 auszuschütten, verringern Wachstum und
180 verteilbaren Reichtum. Der Kapitalismus
181 zerstört die Mittelschichten und bewirkt
182 eine extreme Einkommenskonzentration. Er
183 führt dadurch zu einer systematischen
184 Fehlsteuerung der Wirtschaft, zum Aufbau
185 riesiger Überkapazitäten und zu einer
186 gravierenden Unterversorgung. Außerdem
187 entstehen bedrohliche globale
188 Ungleichgewichte. Ergebnis ist eine
189 massive Zerstörung von Produktion und
190 Produktivität, von Arbeitsplätzen und
191 Wohlstand, von Innovation und Kreativität.
192 Der Kapitalismus wird zum größten Feind
193 für das Lebensglück der Menschen.

194 Die tiefe soziale Spaltung in Deutschland
 195 ist kein Schicksal, sondern Ergebnis von
 196 Politik: der Grünen, der Liberalen, der
 197 Sozialdemokraten, der Konservativen. Sie
 198 haben die Gesetze beschlossen, die das
 199 alles möglich machten. Sie sagten, wir tun
 200 dies, weil wir euch damit helfen: Ist die
 201 Arbeit der Menschen erst einmal billig, sind
 202 die Steuern für Unternehmen und
 203 Wohlhabende erst einmal niedrig, dann gibt
 204 es genug Wachstum und Arbeitsplätze für
 205 alle. Das große Versprechen entpuppte
 206 sich als großer Betrug.

207 Wir stehen vor einer klaren Alternative:
 208 Entweder setzt sich erneut ein
 209 renditeorientiertes Gesellschaftsmodell
 210 durch, also Politik, Staat und Mehrheit der
 211 Bevölkerung räumen den Scherbenhaufen
 212 auf, den die Marktradikalen hinterlassen
 213 haben, und bezahlen dafür.

214 Oder wir erkämpfen den Einstieg in eine
 215 andere Gesellschaft, in der die Bedürfnisse
 216 der Menschen im Mittelpunkt stehen. Es ist
 217 Zeit für echte Alternativen.

218 Wer die aktuelle Krise bekämpfen will,
 219 muss mit Sofortmaßnahmen beginnen, die

220 • mit einem Zukunftsfonds Arbeitsplätze
 221 sichern und mit einem öffentlichen
 222 Investitionsprogramm neue Arbeitsplätze
 223 schaffen,

224 • die sozialen Sicherungssysteme wieder
 225 befestigen und das öffentliche Eigentum
 226 stärken,

227 • eine Millionärssteuer einführen, die
 228 Banken vergesellschaften und staatliche
 229 Hilfen nur im Tausch gegen entsprechende
 230 Eigentumsanteile der öffentlichen Hand
 231 und Belegschaften vergeben.

232 DIE LINKE steht für einen Neuanfang. Die
 233 Interessen der Beschäftigten und der
 234 großen Mehrheit der Gesellschaft sind in
 235 einer anderen Wirtschaftsordnung
 236 grundsätzlich besser aufgehoben, einer
 237 Wirtschaftsordnung, die den Kapitalismus
 238 schrittweise überwindet, die in
 239 Kernbereichen der Wirtschaft auf
 240 öffentlichem und Belegschaftseigentum
 241 aufbaut und die Marktsteuerung von
 242 Produktion und Verteilung in die soziale
 243 und politische Verantwortung
 244 demokratischer Institutionen einbindet.

245 Das wird nur gelingen, wenn viele Millionen
 246 Bürgerinnen und Bürger sich dafür in
 247 Betrieben und Verwaltungen,
 248 Demonstrationen, Massenprotesten und
 249 Streiks engagieren. DIE LINKE will ein
 250 Bündnis für sozialen Fortschritt in
 251 Deutschland.

252 Wir haben aus der Geschichte der
 253 Arbeiterbewegung gelernt: Die soziale und
 254 die demokratische Frage haben beide
 255 einen eigenen Wert. Diese Werte dürfen nie
 256 mehr gegeneinander ausgespielt werden.
 257 Das bildet die Grundlage für einen
 258 demokratischen Sozialismus.

259 DIE LINKE legt mit dem
 260 Bundestagswahlprogramm 2009 ihre
 261 Vorschläge vor, was in den kommenden
 262 Jahren verändert werden muss. Wir sind
 263 überzeugt, dass mit unseren Vorschlägen
 264 eine bessere Ordnung der Verhältnisse
 265 möglich ist: eine, in der Eigentum
 266 tatsächlich dem Wohle der Allgemeinheit
 267 dient.

268 **2. Systemfehler beseitigen – die** 269 **sozialen Interessen der** 270 **Menschen in den Mittelpunkt** 271 **stellen**

272 *„Das kapitalistische Wirtschaftssystem ist*
 273 *den staatlichen und sozialen Lebensinteressen*
 274 *des Volks nicht gerecht geworden.“*
 275 **CDU, Ahlener Programm 1949**

276 Der Finanz-Kapitalismus ist gescheitert.
 277 Ebenso gescheitert ist die Politik, die ihm
 278 zugrunde liegt. Nach dem Zusammenbruch
 279 dieses Systems der Bereicherung stellen
 280 Union und SPD Hunderte Milliarden Euro
 281 aus Steuermitteln an marode Banken ohne
 282 Gegenleistung zur Verfügung. Ob nach der
 283 Rettung der Banken noch ausreichend
 284 Mittel bereit stehen, Arbeitsplätze und
 285 Einkommen zu schützen, ist ungewiss. Im
 286 Herbst und Winter werden die
 287 Auswirkungen der Krise auf den
 288 Arbeitsmarkt in voller Konsequenz
 289 durchschlagen. Erst dann wird sich zeigen,
 290 unter welchem massiven finanziellen Druck
 291 die Sozialsysteme geraten werden.
 292 Allgemeine Garantien für die Renten, die
 293 Arbeitslosenversicherung und die
 294 Krankenversicherung werden nicht
 295 ausreichen. Wer diese Garantien einlösen

296 will, kommt an grundlegenden
 297 Veränderungen des Finanz- und
 298 Wirtschaftssystems und des Steuersystems
 299 nicht vorbei. Wer Arbeitsplätze, Einkommen
 300 und Sozialstaat mit möglichst geringen
 301 Lasten durch die Krise bringen will, der
 302 muss bereit und in der Lage sein, die
 303 Umverteilung von unten nach oben und von
 304 öffentlichen in private Hände umzukehren –
 305 damit die Krisenlasten nicht auf Jahrzehnte
 306 die öffentlichen Haushalte belasten, damit
 307 neue Arbeitsplätze entstehen können,
 308 damit der soziale Zusammenhalt der
 309 Gesellschaft wieder hergestellt wird und
 310 damit die notwendigen Weichenstellungen
 311 in der Wirtschaftsstruktur erfolgen.

312 Wir wollen deshalb die Steuern auf hohe
 313 Einkommen, hohe Erbschaften und
 314 Konzern-Gewinne erhöhen. Eine
 315 Börsenumsatzsteuer muss eingeführt
 316 werden. Die Vermögenssteuer muss als
 317 Millionärssteuer wieder erhoben werden.
 318 Damit der Staat von den Krisenlasten nicht
 319 erdrückt wird, handlungsfähig bleibt und
 320 ehrgeizige Investitionsprogramme
 321 finanziert werden können, wollen wir auf
 322 alle Privatvermögen von mehr als einer
 323 Million Euro eine jährliche Millionärssteuer
 324 von fünf Prozent erheben. Von 2009 an
 325 wollen wir ein jährliches öffentliches
 326 Investitionsprogramm in Höhe von 100
 327 Milliarden Euro, die für Bildung,
 328 Klimaschutz, Verkehr, Gesundheit und eine
 329 Energiewende verwendet werden. Davon
 330 müssen im Rahmen eines nationalen
 331 Bildungspaktes jährlich rund 18 Milliarden
 332 Euro mehr von Bund und Ländern in
 333 Bildung investiert werden. Ein
 334 Zukunftsfonds, der mit 100 Milliarden Euro
 335 ausgestattet ist, steht den Unternehmen
 336 zur Verfügung, die sich in Produkten und
 337 Verfahren sozial und ökologisch
 338 weiterentwickeln wollen. Zusammen sollen
 339 so zwei Millionen zusätzliche, nach Tarif
 340 bezahlte Arbeitsplätze geschaffen werden,
 341 davon eine Million im öffentlichen Dienst.
 342 Die Privatisierung von öffentlichem
 343 Eigentum wollen wir stoppen und in
 344 wichtigen Fällen rückgängig machen.
 345 Energiekonzerne und Krankenhäuser
 346 gehören in öffentliche Hand. Es ist das
 347 Gebot der Stunde, die Banken zu
 348 vergesellschaften, damit sie sich wieder
 349 berechenbar auf ihre Hauptaufgaben
 350 konzentrieren: die Wirtschaft und die
 351 Bürgerinnen und Bürger mit Krediten zu
 352 versorgen und unterschiedliche Formen

353 von risikoloser Ersparnisbildung
 354 anzubieten. Hartz IV-Empfängerinnen und -
 355 empfänger sollen monatlich einen
 356 Mindestsatz von 500 Euro erhalten bis zur
 357 Einführung einer bedarfsdeckenden und
 358 sanktionsfreien Mindestsicherung. In allen
 359 Branchen muss ein flächendeckender
 360 gesetzlicher Mindestlohn von zehn Euro
 361 eingeführt werden.

362 Nur wenn die Binnenkonjunktur mit
 363 höheren Löhnen, höheren Sozialleistungen
 364 und öffentlichen Investitionen belebt wird,
 365 kann die Volkswirtschaft ihre inzwischen
 366 gefährlich einseitige Abhängigkeit vom
 367 Export mildern.

368 Die Krisen bewältigen – die Weichen neu
 369 stellen. Das ist das Gebot der kommenden
 370 Jahre, auf dem Arbeitsmarkt, in der
 371 Wirtschaftsstruktur, in der Technologie, in
 372 den Sozialsystemen.

373 **2.1. Gute Arbeit!**

374 *„Der ist ein Narr, der die Kultur von der*
 375 *Arbeit zu trennen gedenkt.“*
 376 ***Antoine de St. Exupéry***

377 Den Arbeitsmarkt werden in den
 378 kommenden Monaten wachsende
 379 Arbeitslosigkeit und die Angst um den
 380 eigenen Arbeitsplatz beherrschen. Die
 381 Politik muss gegensteuern und die
 382 Arbeitsmarktpolitik anpassen. Es muss
 383 aber auch verhindert werden, dass die auf
 384 den Arbeitsmarkt durchschlagende Krise zu
 385 einer neuen Runde der Erpressung der
 386 Belegschaften führt und sich schlechte
 387 Arbeit weiter ausbreitet. Was gebraucht
 388 wird, ist ein Boom für gute Arbeit.

389 Jede Frau und jeder Mann hat ein Recht auf
 390 gute Arbeit, auf eine Erwerbstätigkeit, die
 391 anständig bezahlt wird, die ein Existenz
 392 sicherndes Einkommen und Teilhabe am
 393 gesellschaftlichen Reichtum ermöglicht.
 394 Eine Arbeit, die nicht krank macht. Das
 395 Gegenteil ist der Fall und immer weniger
 396 Beschäftigte werden durch einen Betriebs-
 397 oder Personalrat vertreten und durch
 398 Tarifverträge geschützt.

399 Seit der Regierung von SPD und Grünen
 400 haben Leiharbeit, befristete
 401 Beschäftigungen und Minijobs dramatisch
 402 zugenommen. Immer mehr Menschen

403 arbeiten zu Hungerlöhnen: Fünf bis sechs
 404 Millionen erhalten Stundenlöhne unter 7,50
 405 Euro, selbst Löhne unter fünf Euro sind
 406 keine Seltenheit. Die Zahl der
 407 Langzeiterwerbslosen ist unvermindert
 408 hoch. Frauen erhalten rund ein Viertel
 409 weniger Lohn als Männer. Im Osten
 410 Deutschlands sind die Löhne besonders
 411 niedrig, und die Erwerbslosigkeit ist
 412 doppelt so hoch wie im Westen. Besonders
 413 häufig sind Migrantinnen und Migranten
 414 gezwungen, zu skandalösen Löhnen zu
 415 arbeiten.

416 Nach jahrelanger Senkung der Reallöhne
 417 brauchen wir wieder deutlich steigende
 418 Masseneinkommen. Auch der Staat selbst
 419 ist gefordert. Bund, Länder und Kommunen
 420 müssen ihre Investitionen im Sinne sozialer
 421 und ökologischer Nachhaltigkeit deutlich
 422 steigern. In den vergangenen Jahren
 423 wurden hunderttausende
 424 Vollzeit Arbeitsplätze im öffentlichen Dienst
 425 abgebaut. Dieser Trend muss gestoppt und
 426 umgekehrt werden. Aufbauend auf den
 427 skandinavischen Erfahrungen ist eine
 428 Ausweitung sozialer Dienstleistungen
 429 erforderlich – vor allem in den Bereichen
 430 Kinderbetreuung, Bildung, Gesundheit,
 431 Sozialwesen, Sport und Kultur. Dieser
 432 Bedarf soll mit öffentlich geförderter
 433 Beschäftigung für Erwerbslose verzahnt
 434 werden. Ein-Euro-Jobs sind in tariflich
 435 bezahlte Stellen umzuwandeln.

436 DIE LINKE fordert:

437 • Einfallstore für Niedriglöhne schließen:
 438 gleicher Lohn für gleiche Arbeit für Frauen
 439 im Verhältnis zu Männern, für Beschäftigte
 440 im Osten im Verhältnis zu Beschäftigten im
 441 Westen; Leiharbeit abschaffen; keine
 442 sachgrundlose Befristung von
 443 Arbeitsverträgen;
 444 Sozialversicherungspflicht für jede
 445 geleistete Arbeitsstunde; Schutz der
 446 beruflichen Qualifikation bei
 447 Arbeitslosigkeit;

448 • Erpressung der Beschäftigten beenden:
 449 Kündigungsschutz ausweiten und Hartz IV
 450 abschaffen; wirksames Anti-Mobbing-
 451 Gesetz schaffen; das Ausspionieren von
 452 Beschäftigten beenden; ein wirksames
 453 Arbeitnehmerdatenschutzgesetz schaffen;

454 • Vergabe öffentlicher Aufträge von der
 455 Einhaltung sozialer und ökologischer

456 Kriterien abhängig machen: Zahlung von
 457 Tariflöhnen beziehungsweise eines
 458 gesetzlichen Mindestlohns; Gleichstellung
 459 von Frauen und Männern; Förderung und
 460 gleichberechtigter Zugang von Menschen
 461 mit Behinderung und
 462 Migrationshintergrund; Einhaltung der ILO-
 463 Kernarbeitsnormen;

464 • Flächendeckenden gesetzlichen
 465 Mindestlohn von 10 Euro einführen: höhere
 466 tarifliche Mindestlöhne in diesen Branchen
 467 für allgemeinverbindlich erklären;

468 • gesetzliche Höchstarbeitszeit senken auf
 469 regelmäßig 40 Stunden pro Woche; die 35-
 470 Stundenwoche und weitere tarifliche
 471 Arbeitszeitverkürzungen mit vollem
 472 Lohnausgleich mit den Gewerkschaften
 473 durchsetzen; mit rechtlich erzwingbaren
 474 Personal- und Stellenplänen den Betriebs-
 475 und Personalräten ermöglichen, bei der
 476 Verkürzung der Wochenarbeitszeit deutlich
 477 mehr Beschäftigung und weniger
 478 Leistungsdruck durchzusetzen; ein
 479 erzwingbares Initiativrecht für Betriebsräte
 480 schaffen, um Einstellungen zu erreichen;

481 • gute Ausbildung sichern:
 482 Ausbildungumlage einführen,
 483 Ausbildungsentgelte grundsätzlich tariflich
 484 vereinbaren, außer- und überbetriebliche
 485 Ausbildungen mit betrieblichen
 486 gleichstellen; Jugendarbeitsschutz
 487 ausbauen und Jugendvertretung stärken;

488 • klare gesetzliche Abgrenzung von
 489 Arbeits- und Lernverhältnissen:
 490 Berufseinstieg über reguläre
 491 Arbeitsverträge sichern; Praktika mit
 492 mindestens 300 Euro im Monat vergüten;

493 • Arbeit familienfreundlich gestalten:
 494 Rechte von abhängig Beschäftigten mit
 495 Kindern stärken (Kündigungsschutz,
 496 Arbeitszeiten, Überstunden); Arbeitszeit für
 497 Vollzeitbeschäftigte verkürzen;

498 • Lohndiskriminierung von Frauen
 499 bekämpfen: gleicher Lohn für gleiche und
 500 gleichwertige Arbeit; bessere Bezahlung für
 501 Berufe, in denen vorwiegend Frauen
 502 beschäftigt sind; bessere rechtliche
 503 Absicherung durch ein Verbandsklagerecht;
 504 Gleichstellungsgesetz für die private
 505 Wirtschaft, das Unternehmen so lange zu
 506 Maßnahmen verpflichtet, bis mindestens
 507 eine 50%-Quote für Frauen auf allen

508 Qualifikationsstufen bis hin zu Vorständen
509 und Aufsichtsräten erreicht ist;

510 • Mitbestimmung der Beschäftigten
511 ausbauen: Beteiligung von abhängig
512 Beschäftigten und ihren Gewerkschaften
513 an wesentlichen Entscheidungen der
514 Unternehmen stärken; paritätische
515 Mitbestimmung der abhängig Beschäftigten
516 auf alle privaten, öffentlichen und
517 gemeinwirtschaftlichen Unternehmen
518 ausweiten, die mehr als 100 Beschäftigte
519 haben; die Mitbestimmung bei
520 wirtschaftlichen Entscheidungen auch in
521 kleineren Betrieben im
522 Betriebsverfassungsgesetz verankern;

523 • Rechte von Gewerkschaften und
524 Betriebsräten verbessern: den
525 Antistreikparagrafen abschaffen; das
526 Streikrecht auf Übernahmen und
527 Verlagerungen von Unternehmen
528 ausweiten, Verbandsklagerecht für
529 Gewerkschaften zum Schutz geltender
530 Tarife einführen; politischen Streik wie in
531 anderen Ländern Europas zulassen.

532 2.2. Wirtschaft gestalten

533 „Die kapitalistische Produktion entwickelt
534 daher nur die Technik und Kombination des
535 gesellschaftlichen Produktionsprozesses,
536 indem sie zugleich die Springquellen allen
537 Reichtums untergräbt: die Erde und den
538 Arbeiter.“ **Karl Marx**

539 Millionen Menschen erwarten zu Recht,
540 dass der Staat Einfluss auf die Wirtschaft
541 nimmt. Die entscheidende Frage ist längst
542 nicht mehr, ob die öffentliche Hand sich
543 wirtschaftlich engagiert, sondern in wessen
544 Interesse, mit welchen Zielen und auf
545 wessen Kosten das geschieht.

546 Eine Demokratie funktioniert nur dann,
547 wenn sie die Ziele demokratischer
548 Mehrheiten auch gegenüber
549 wirtschaftlicher Macht durchsetzen kann.
550 Die gewählten Repräsentantinnen und
551 Repräsentanten des Volkes müssen den
552 Unternehmen die Ziele des Wirtschaftens
553 und einen klar definierten Rahmen
554 vorgeben. Deshalb treten wir für eine neue
555 Wirtschafts- und Sozialordnung ein.

556 Als erster Schritt muss der Finanzsektor
557 unter demokratische Kontrolle gestellt

558 werden. Sparkassen und
559 Genossenschaftsbanken beweisen, dass
560 Banken in den Dienst der Gesellschaft
561 gestellt werden können. In Zukunft sollen
562 alle Banken dem Gemeinwohl dienen. Wer
563 allerdings versucht den Finanzmarkt zu
564 regulieren, ohne die immer weitere
565 Anhäufung von Kapital und Vermögen zu
566 stoppen und zu reduzieren, ist zum
567 Scheitern verurteilt. Die Enteignung von
568 Millionen arbeitender Menschen muss
569 wieder rückgängig gemacht werden. Das
570 ist nicht nur ein Gebot der sozialen
571 Gerechtigkeit, sondern auch der
572 wirtschaftspolitischen Vernunft, denn nur
573 so kann die Binnennachfrage gestärkt
574 werden.

575 Das Thema Wirtschaftsdemokratie gehört
576 auf die Tagesordnung. Wer den
577 Unternehmerinnen und Unternehmern und
578 den Finanzfonds freie Hand lässt,
579 verhindert Demokratie. Genau dies erleben
580 wir jetzt täglich. Auch auf betrieblicher
581 Ebene muss die Sozialbindung des
582 Eigentums gesichert werden. In den
583 vergangenen Jahren wurde die wachsende
584 Unterordnung des Betriebsvermögens
585 unter die Interessen der Investmentfonds
586 gefeiert. Diese Fonds sind an der
587 langfristigen Unternehmensentwicklung
588 nicht interessiert. Massenentlassungen in
589 florierenden Betrieben wurden normal und
590 die Rechte der Beschäftigten Makulatur.

591 Wir fordern ein Verbot von
592 Massenentlassungen bei allen
593 Unternehmen, die nicht insolvenzgefährdet
594 sind. Es geht jetzt darum, die ständige
595 Enteignung der Lohnabhängigen durch
596 Arbeitsplatzverlust, Kurzarbeit und
597 Lohndumping zu mildern und schrittweise
598 umzukehren. DIE LINKE fordert deshalb,
599 dass staatliche Hilfen nur im Tausch gegen
600 entsprechende Eigentumsanteile der
601 öffentlichen Hand und Belegschaften
602 vergeben werden.

603 Nicht zuletzt brauchen wir eine neue
604 internationale Wirtschaftspolitik. Dass
605 Spekulanten die Handels- und
606 Kapitalströme bestimmen und schwere
607 Krisen auslösen, ist ein globaler Irrsinn, der
608 nicht hinzunehmen ist. Auf europäischer
609 Ebene müssen Regulierungs- und
610 Aufsichtsstrukturen aufgebaut und
611 bestehende gestärkt werden. Auf
612 internationaler Ebene ist darüber hinaus

613 eine Reform des Währungssystems
 614 erforderlich, um die Abhängigkeit der
 615 Wechselkurse von spekulativen
 616 Kapitalbewegungen zu beenden. Es müssen
 617 Zielzonen für die Wechselkurse eingerichtet
 618 werden, um den Welthandel zu
 619 stabilisieren. Es ist wichtig, dass die
 620 Steueroasen wirklich geschlossen werden.

621 Vergesellschaftung des Finanzsektors,
 622 Demokratisierung der Wirtschaft, mehr
 623 soziale Gerechtigkeit, stärkerer
 624 Binnenmarkt und konsequenter
 625 ökologischer Umbau – diese Leitlinien sind
 626 zugleich eine wirksame Politik für kleine
 627 und mittlere Unternehmen. Diese gilt es
 628 darüber hinaus mit einer gezielten Steuer-
 629 und Förderpolitik zu unterstützen.

630 DIE LINKE fordert:

631 • private Banken vergesellschaften, den
 632 Finanzsektor öffentlicher Kontrolle
 633 unterwerfen und strikt regulieren: den
 634 privaten Bankensektor in die öffentliche
 635 Hand überführen und, entsprechend den
 636 Sparkassen, aufs Gemeinwohl verpflichten;
 637 Leerverkäufe, außerbilanzielle
 638 Zweckgesellschaften, Derivate, Hedge-
 639 Fonds und Private-Equity-Gesellschaften
 640 verbieten; Steueroasen austrocknen;
 641 zinsgünstige Finanzierung sinnvoller
 642 Investitionen gewährleisten; kleinen und
 643 mittleren Unternehmen sowie
 644 Konsumentinnen und Konsumenten faire
 645 Konditionen bieten; kostenloses Girokonto
 646 für jede und jeden ermöglichen;
 647 Börsenumsatzsteuer am Finanzplatz
 648 Deutschland und möglichst international
 649 einführen; Europäische Zentralbank
 650 reformieren;

651 • Zukunftsprogramm für zwei Millionen
 652 Arbeitsplätze auflegen: mit Investitionen
 653 von 100 Milliarden Euro pro Jahr in Bildung,
 654 Gesundheit, Klimaschutz, Infrastruktur und
 655 Verkehr die Krise bekämpfen;
 656 Zukunftsfonds für eine nachhaltige
 657 Wirtschaft einrichten und mit 100
 658 Milliarden Euro für die zukunftsfähige,
 659 sozial-ökologische Entwicklung industrieller
 660 Arbeitsplätze, Unterstützung der
 661 Unternehmen bei der Umstellung der
 662 Produktion auf energie- und
 663 rohstoffeffiziente Verfahren und
 664 Qualitätsprodukte ausstatten; eine Million
 665 dieser Arbeitsplätze im öffentlichen Dienst
 666 schaffen sowie 500.000 Arbeitsplätze in

667 einem öffentlich geförderten,
 668 gemeinnützigen Beschäftigungssektor;

669 • Verteilung von Einkommen und
 670 Vermögen gerechter gestalten: deutlich
 671 höherer Anteil der Löhne am
 672 Volkseinkommen und gerechte
 673 Steuerpolitik, welche die
 674 Vermögenseinkommen, große Erbschaften
 675 und Finanzgeschäfte wesentlich stärker
 676 belastet als bisher; Millionärssteuer für die
 677 Bewältigung der Krisenlasten;

678 • Wirtschaft demokratisieren:
 679 Belegschaften an den großen Unternehmen
 680 beteiligen; staatliche Hilfen nur im Tausch
 681 gegen entsprechende Eigentumsanteile der
 682 öffentlichen Hand und Belegschaften
 683 vergeben; Verbot von Massenentlassungen
 684 bei Unternehmen, die nicht
 685 insolvenzgefährdet sind; paritätische
 686 Mitbestimmung in allen Betrieben ab 100
 687 Beschäftigten;

688 • nachhaltige Landwirtschaft ausweiten:
 689 Anteil des ökologischen Landbaus erhöhen,
 690 Spekulation mit Agrarrohstoffen und Boden
 691 verhindern; Einsatz von Mineraldüngern
 692 und Pflanzenschutzmitteln verringern; den
 693 Tierschutz bei der Haltung und beim
 694 Transport deutlich verbessern;
 695 Preisdumping der Handelsketten zu Lasten
 696 der Bäuerinnen und Bauern unterbinden;
 697 Agro-Gentechnik verbieten; Absenken der
 698 Kennzeichnungspflicht von gentechnischen
 699 Bestandteilen in Nahrung und Futtermitteln
 700 bis zur Nachweisgrenze von 0,1 Prozent;
 701 gentechnikfreie Regionen und Initiativen
 702 unterstützen; EU-Subventionen für soziale
 703 und ökologische Leistungen der
 704 Agrarbetriebe einsetzen und ihre Verteilung
 705 transparent machen; naturnahe
 706 Waldbewirtschaftung fördern, gleichwertige
 707 Lebensbedingungen auch in Dörfern und
 708 kleinen Städten sichern;

709 • öffentliche Daseinsvorsorge ausbauen
 710 statt privatisieren: bereits erfolgte
 711 Privatisierungen zurücknehmen;
 712 Unternehmen der Daseinsvorsorge
 713 rekommunalisieren und den öffentlichen
 714 Sektor ausbauen;

715 • kleine und mittlere Unternehmen
 716 wirksamer schützen: bessere
 717 Abschreibungsregeln schaffen, IHK-
 718 Beiträge bis zu einem Gewerbeertrag von
 719 30.000 Euro aussetzen; Vorschriften für die

720 Auftragsvergabe an und von
721 Großunternehmen verschärfen (kleine
722 Lose); strikteres Wettbewerbs- und
723 Kartellrecht gegen Strom- und
724 Gaskonzerne schaffen; Durchsetzung von
725 Forderungen gesetzlich erleichtern;

726 • eine solidarische Ökonomie
727 unterstützen: Genossenschaften stärker
728 fördern, ihnen die Instrumente der
729 Arbeitsmarktpolitik zur Verfügung stellen.

730 **2.3. Gesellschaft ökologisch** 731 **umbauen**

732 „Wir gehen mit dieser Welt um, als hätten
733 wir eine zweite im Kofferraum.“
734 **Jane Fonda**

735 Das Streben nach sozialer Gerechtigkeit
736 und ein radikaler ökologischer Umbau
737 unserer Lebens- und Wirtschaftsweisen
738 sind zwei Seiten einer Medaille. So ist
739 ambitionierter Klimaschutz nicht nur
740 wichtig für den Erhalt unserer natürlichen
741 Umwelt, sondern zugleich ein Beitrag zum
742 Kampf um globale soziale Rechte,
743 verschärft der fortschreitende Klimawandel
744 doch das tägliche Ringen von Millionen
745 Menschen ums Überleben. Die konkrete
746 Ausgestaltung von Umweltpolitik darf
747 jedoch nicht zu einer weiteren sozialen
748 Spaltung der Gesellschaft in „Arm und
749 Reich“ führen. Bezahlbare Energie und
750 Mobilität muss auch für
751 einkommensschwache
752 Bevölkerungsschichten gewährleistet
753 bleiben.

754 **Das fossil-atomare Zeitalter beenden**

755 Eine konsequente Energiewende hin zu
756 erneuerbaren Energien ist eine zentrale
757 Investition in ein ökologisches und
758 friedliches 21. Jahrhundert. Im Kampf
759 gegen den Klimawandel müssen die
760 Treibhausgasemissionen in Deutschland bis
761 zum Jahr 2020 gegenüber 1990 halbiert
762 und bis Mitte des Jahrhunderts um
763 mindestens 90 Prozent gesenkt werden.
764 Wer heute auf regenerative Energien setzt
765 und das Wissen für eine nachhaltige
766 Energieversorgung mit Schwellen- und
767 Entwicklungsländern teilt, wird sich morgen
768 nicht an Ressourcenkriegen um Öl und Gas
769 beteiligen. Als Etappenziel fordert die

770 LINKE für 2020: Im Strombereich soll der
771 Anteil erneuerbare Energie mindestens die
772 Hälfte, im Wärme- und Kältesektor ein
773 Viertel betragen. Besonders wichtig ist
774 dabei die dezentrale Energieversorgung in
775 öffentlicher Hand.

776 Die Energiewende kann nur gelingen, wenn
777 gleichzeitig die Energieeffizienz deutlich
778 erhöht und im großen Maßstab Energie
779 eingespart wird. Wir brauchen eine
780 ökologisch-technische Effizienzrevolution,
781 eingebettet in alternative Lebensstile. Nicht
782 nur das Erdölzeitalter geht unwiderruflich
783 zu Ende. Auch andere Rohstoffe werden
784 knapp. Deshalb muss mittelfristig in
785 Deutschland der komplette Energiebedarf
786 aus erneuerbaren Quellen gedeckt werden.

787 Wissenschaftliche Untersuchungen
788 belegen: Eine Energieversorgung aus
789 erneuerbaren Energien ohne Atomkraft und
790 ein mittelfristiger Ausstieg aus der
791 Kohleverstromung sind möglich.

792 Der rotgrüne Atomkonsens von 2000 ist
793 Nonsense, denn die garantierten
794 Restlaufzeiten dienen zuallererst den
795 Profitinteressen der Atomindustrie. Der
796 Betrieb von Atomanlagen birgt jedoch
797 unverantwortlich hohe Risiken; eine sichere
798 Endlagerung von Atommüll für eine Million
799 Jahre und mehr ist nicht zu gewährleisten.
800 Das Fiasko in den Atommülllagern Asse
801 und Morsleben zeigt, wie fahrlässig die
802 bisherige Praxis ist. DIE LINKE fordert
803 darum die unverzügliche und
804 unumkehrbare Stilllegung aller
805 Atomanlagen sowie ein Verbot für den
806 Export von Atomtechnik.
807 Atommülltransporte müssen unterbleiben.

808 Wir wollen die Energiekonzerne in
809 öffentliches Eigentum überführen und einer
810 demokratischen Kontrolle unterstellen. Das
811 Energiekartell muss entflochten, die
812 Energiemonopole müssen schrittweise
813 aufgelöst und die Energieversorgung
814 weitgehend rekommunalisiert werden.

815 **Ökologisch umsteuern in Wirtschaft,** 816 **Verkehr und Landwirtschaft**

817 Der Verkehr ist der einzige Sektor in
818 Deutschland, der steigende
819 Klimabelastungen verursacht. DIE LINKE
820 kämpft daher für eine ökologische
821 Verkehrswende. Öffentlicher Verkehr muss
822 massiv ausgebaut und erheblich

823 preiswerter werden. Mobilität als eine
824 Voraussetzung für Teilhabe von Menschen
825 am gesellschaftlichen Leben darf nicht vom
826 Geldbeutel abhängen. Langfristig streben
827 wir einen kostenlosen Nahverkehr an.

828 Das Streckennetz der Bahn und das
829 Angebot des Nahverkehrs müssen wieder
830 wachsen. Die Privatisierung der Bahn und
831 von Nahverkehrsunternehmen lehnen wir
832 ab. Mit Hilfe einer aktiven Verkehrs-,
833 Struktur- und Regionalplanung ist eine
834 Strategie der kurzen Wege zu etablieren.
835 Fuß- und Fahrradverkehr müssen erheblich
836 stärker gefördert werden.

837 Der Treibstoff- bzw. Energieverbrauch aller
838 Verkehrsträger ist stark zu vermindern.
839 Agrosprit ist keine Alternative zu einer
840 grundlegenden Wende in der
841 Verkehrspolitik. Der vermehrte Anbau
842 großflächiger Monokulturen für Agrosprit
843 verschärft den Welthunger und
844 beschleunigt die Abholzung von
845 Tropenwäldern. Die Nutzung von
846 organischen Abfällen und
847 „Energiepflanzen“, um Wärme und Energie
848 zu gewinnen, ist wesentlich effizienter als
849 die Nutzung für Treibstoffe.

850 Flugverkehr ist das umweltschädlichste
851 aller Fortbewegungsmittel – und
852 gleichzeitig das am meisten
853 subventionierte. Flug- und Schiffsbenzin
854 sind endlich zu besteuern und die Befreiung
855 des internationalen Flugverkehrs von der
856 Mehrwertsteuer aufzuheben.

857 **DIE LINKE fordert:**

858 • Vollständiger Umbau der
859 Energiewirtschaft: erneuerbare Energien
860 bis zur regenerativen Vollversorgung
861 konsequent und schnell vorantreiben; das
862 Erneuerbare-Energien-Gesetz noch
863 wirksamer ausgestalten; Wärme aus
864 erneuerbarer Energie und Kraft-Wärme-
865 Kopplung vorantreiben; Einführung eines
866 Energiesparfonds mit einem Fokus auf
867 Förderprogramme für
868 einkommensschwache Haushalte;
869 strengere ordnungsrechtliche Standards für
870 den Energieverbrauch von Büro- und
871 Haushaltsgeräten, u.a. ein Verbot so
872 genannter Standby-Schaltungen mit einem
873 Verbrauch von über 1 Watt; „Top-Runner“-
874 Programme für Elektrogeräte, in denen alle
875 drei Jahren das energie- und

876 ressourcensparendste Gerät als
877 gesetzlicher Mindeststandard
878 festgeschrieben wird; energetische
879 Sanierung des Gebäudebestandes und
880 Klimaneutralität von Neubauten;
881 bundesrechtliche Vorgaben für eine
882 ökologische Bauleitplanung; unverzüglicher
883 und unumkehrbarer Ausstieg aus der
884 Atomwirtschaft; Vergesellschaftung der
885 Strom- und Gasnetze; Rekommunalisierung
886 zentraler Teile der Energieversorgung;
887 Sozialtarife verbindlich einführen;
888 Besteuerung der Extraprofite der
889 Energiekonzerne aus dem
890 Emissionshandel; Wiedereinführung der
891 Strom- und Gaspreisaufsicht durch die
892 Länder und Schaffung von
893 Verbraucherbeiräten in der Preisaufsicht;
894 Versteigerung statt kostenlose Vergabe
895 von Emissionszertifikaten;
896 Versteigerungserlöse für den Klimaschutz
897 und zur sozialen Abfederung der
898 Energiewende einsetzen; keine
899 Agroenergie-Importe aus dem Nicht-EU-
900 Ausland und Fokus bei der
901 Biomassenutzung auf der gekoppelten
902 Erzeugung von Strom und Wärme;

903 • ökologischer Umbau der Wirtschaft:
904 Produktionsprozesse und Produkte
905 nachhaltig gestalten; regionale
906 Wirtschaftskreisläufe stärken; Abbau von
907 umweltschädlichen Subventionen und
908 Steuerbefreiungen; Wirtschafts- und
909 Forschungsförderung sozial- und
910 umweltgerecht ausrichten; strenge
911 Kriterien bei der Zulassung und
912 Registrierung von chemischen Stoffen;
913 Ablehnung der Abfallverbrennung als
914 Regelverfahren, stattdessen Vorrang für
915 alternative Verfahren wie die mechanisch-
916 biologischer Abfallbehandlung; Standards
917 für existierende Verbrennungsanlagen
918 unverzüglich auf den Stand der Technik
919 anheben; Verbot des
920 grenzüberschreitenden Exports von
921 Abfällen;

922 • umweltgerechte Mobilität für alle:
923 massiver Ausbau des öffentlichen
924 Verkehrs; dauerhafte Aufstockung der
925 Investitionsmittel für die Schiene auf
926 mindestens 2,5 Mrd. Euro pro Jahr;
927 Regionalisierungsmittel erhöhen;
928 Personenfernverkehr auf der Schiene durch
929 ein Fernverkehrs-Gesetz sichern und
930 ausweiten; Mehrwertsteuer für den
931 Schienenpersonenfernverkehr auf den

932 ermäßigten Satz von sieben Prozent
 933 senken; flächendeckende Einführung von
 934 Sozialtickets und einer Sozial-Bahncard für
 935 einkommensschwache Haushalte;
 936 Fahrradmitnahme in ICE-Zügen; Tempolimit
 937 von 120 Stundenkilometern auf
 938 Autobahnen; Rücknahme der
 939 bürgerfeindlichen Beschleunigungsgesetze
 940 für die Verkehrswegeplanung; Reform der
 941 Bundesverkehrswegeplanung; Einführung
 942 von Monster-Lkw (Gigaliner) verbieten;
 943 Verlängerung der Ende 2009 auslaufenden
 944 steuerlichen Förderung des Einbaus von
 945 Rußfiltern in Pkw; Subventionierung von
 946 Flughäfen beenden; Kerosinsteuer und
 947 Flugticketabgabe einführen;

948 • Natur bewahren und nachhaltig nutzen:
 949 Ausweisung und Vernetzung von
 950 Schutzgebieten vorantreiben; umfassende
 951 Informations-, Beteiligungs- und
 952 Klagerechte für Bürgerinnen und Bürger
 953 sowie Umwelt- und Naturschutzverbände;
 954 generelles Verbot von Tierversuchen, die
 955 nur in besonderen Ausnahmefällen
 956 durchgeführt werden dürfen – alternative
 957 Testmethoden müssen energischer
 958 erforscht werden; Umweltbildung stärken
 959 durch kurzfristige Umsetzung der Ziele der
 960 UN-Dekade „Bildung für nachhaltige
 961 Entwicklung“ in allen Bildungsbereichen,
 962 u.a. durch Finanzierung von Programmen
 963 und Projekten.

964 **2.4. Demokratisierung der**
 965 **Demokratie**

966 „Eine konsequente Demokratisierung aller
 967 Lebensbereiche ist die einzige Möglichkeit,
 968 ein demokratisches System lebendig zu
 969 halten.“ **Oskar Negt, 2008**

970 Politische Freiheit und Gleichheit sind
 971 Grundbedingungen einer Demokratie. DIE
 972 LINKE steht in der Tradition der Aufklärung,
 973 der Deklaration der Menschenrechte und
 974 der Französischen Revolution. Freiheit,
 975 Gleichheit, Solidarität – für die
 976 demokratische und soziale Emanzipation
 977 streiten die Arbeiterbewegung und andere
 978 gesellschaftliche Kräfte seit über 200
 979 Jahren. Zum demokratischen Versprechen
 980 zählt die gegenseitige Anerkennung aller
 981 als Gleiche: Jede Stimme zählt gleich viel,
 982 und immer besteht die Chance auf

983 Veränderung einer einmal entstandener
 984 Mehrheit.

985 Demokratie erschöpft sich nicht in Wahlen
 986 und Abstimmungen. Zur Demokratie gehört
 987 der aktive Schutz der Bürger- und
 988 Grundrechte. Wir setzen uns dafür ein,
 989 dass im Parlament und anderswo Gesetze
 990 und staatliches Handeln wieder an Grund-
 991 und Bürgerrechten gemessen werden. In
 992 den vergangenen Jahren sind die
 993 Verflechtungen zwischen Politik und
 994 Wirtschaft enger geworden. DIE LINKE
 995 kritisiert seit langem, dass Unternehmen
 996 bezahlte Lobbyisten und Lobbyistinnen in
 997 Bundesministerien entsenden.

998 Demokratie ist mehr als ein formales
 999 Regelwerk. Sie muss Tag für Tag von
 1000 Bürgerinnen und Bürgern gelebt werden.
 1001 DIE LINKE setzt sich daher für eine
 1002 umfassende Demokratisierung aller
 1003 gesellschaftlichen Bereiche ein.
 1004 Bürgerinnen und Bürger sollten die
 1005 Möglichkeit haben, auch einzelne
 1006 bedeutende Fragen der Regierungspolitik
 1007 direkt mit beeinflussen zu können. Deshalb
 1008 brauchen wir neue Verfahren der
 1009 Bürgerbeteiligung.

1010 Zur Demokratie gehört eine starke
 1011 kommunale Selbstverwaltung. Wenn aber
 1012 den Städten und Gemeinden das Geld fehlt,
 1013 wird nur noch der Mangel verwaltet.
 1014 Kommunale Selbstverwaltung und
 1015 demokratische Partizipation werden damit
 1016 ad absurdum geführt. Seit vielen Jahren
 1017 versprechen Bund und Länder eine
 1018 Gemeindefinanzreform – passiert ist
 1019 bislang nichts.

1020 **DIE LINKE fordert:**

1021 • keine Grund- und Freiheitsrechte
 1022 einschränken und umfassende Transparenz
 1023 und Kontrolle staatlichen Handelns
 1024 herstellen: kostenfreien Zugang zu
 1025 Informationen der öffentlichen Verwaltung
 1026 sowie Transparenz bei allen
 1027 Entscheidungen sichern;

1028 • Wirtschaftsinteressen und Politik klar
 1029 trennen: Abgeordnete dürfen nicht auf den
 1030 Gehaltslisten von Wirtschaftsverbänden
 1031 und Großbetrieben stehen, Parteien keine
 1032 Spenden von Verbänden, Großbetrieben
 1033 und ihren Eigentümerinnen und
 1034 Eigentümern annehmen;

- 1035 • Wahlrecht ausbauen: aktives und
1036 passives Wahlrecht für alle Menschen, die
1037 ihren Lebensmittelpunkt in Deutschland
1038 haben; das Wahlalter auf 16 Jahre
1039 absenken;
- 1040 • direkte Demokratie stärken:
1041 Volksinitiativen, Volksbegehren und
1042 Volksentscheide auf Bundesebene
1043 einführen; obligatorische
1044 Volksabstimmungen bei wichtigen
1045 Änderungen des Grundgesetzes vorsehen;
- 1046 • Petitionsrecht bürger näher und
1047 transparenter gestalten: Sitzungen des
1048 Petitionsausschusses für Bürgerinnen und
1049 Bürger öffnen; die Bedeutung von Massen-
1050 und Sammelpetitionen stärken und das
1051 erforderliche Quorum für eine öffentliche
1052 Anhörung von 50.000 Unterschriften auf
1053 20.000 herabsetzen;
- 1054 • Finanzielle Handlungsfähigkeit der
1055 Kommunen sicherstellen: eine
1056 Gemeindefinanzreform auf den Weg
1057 bringen; die wirtschaftliche Betätigung der
1058 Kommunen in kommunalen Unternehmen
1059 bundes- und europarechtlich sichern; die
1060 kommunale Daseinsvorsorge
1061 gewährleisten;
- 1062 • Anteile der Kommunen an den
1063 Gemeinschaftssteuern neu ordnen: aus
1064 Bundesmitteln kommunale
1065 Investitionszuschüsse an finanzschwache
1066 Kommunen in Ost und West zahlen; den
1067 kommunalen Finanzausgleich in den
1068 Ländern im Sinne der Chancengleichheit
1069 zwischen den Kommunen verbessern.

1070 **2.5. Vielfältig und verlässlich –**
1071 **Familien stärken**

1072 *„In Deutschland wächst die Kluft zwischen*
1073 *den Kindern, die gesund, abgesichert und*
1074 *gefördert aufwachsen, und solchen, deren*
1075 *Alltag durch Hoffnungslosigkeit, Mangel*
1076 *und Ausgrenzung geprägt ist.“*
1077 **UNICEF-Bericht zur Lage der Kinder in**
1078 **Deutschland 2008**

- 1079 Alle Menschen, die füreinander soziale
1080 Verantwortung übernehmen, brauchen
1081 gesellschaftliche Unterstützung. Ob
1082 Eheleute, Partnerschaften ohne Trauschein,
1083 homosexuelle Eltern, Alleinerziehende oder

- 1084 „Patchwork-Familien“ – sie alle brauchen
1085 mehr Zeit, eine hochwertige,
1086 flächendeckend erreichbare Infrastruktur
1087 und gezielte soziale Leistungen.
- 1088 CDU/CSU und SPD rühmen sich, viel für
1089 Kinder und Familien zu tun. Doch statt
1090 Verlässlichkeit zu stärken, werden seit
1091 vielen Jahren Sozialleistungen abgebaut.
1092 Solidarität und Verantwortung werden den
1093 Einzelnen überlassen. Kinderarmut in
1094 Deutschland hat erschreckende Ausmaße
1095 angenommen. Beruf und Familie lassen
1096 sich nur selten vereinbaren, insbesondere
1097 nicht für Frauen. Besonders in
1098 Westdeutschland mangelt es an
1099 öffentlichen Kinderbetreuungsangeboten.
1100 Durch das Elterngeld sind manche finanziell
1101 besser, aber eine Mehrheit schlechter
1102 gestellt worden.
- 1103 Offiziell werden in unserer Gesellschaft alle
1104 Familienformen akzeptiert. Doch die
1105 Wirklichkeit sieht noch anders aus. Unser
1106 Steuersystem begünstigt mit dem
1107 „Ehegattensplitting“ eine traditionelle
1108 Arbeitsteilung zwischen Ehepartnern,
1109 unabhängig davon, ob sie Kinder haben.
1110 Alleinerziehend zu sein ist nach wie vor
1111 eines der größten Armutsrisiken – 43
1112 Prozent der Alleinerziehenden sind auf
1113 Hartz IV angewiesen. Insgesamt sind es gut
1114 2,5 Millionen Kinder, die von zu niedrigen
1115 Hartz IV-Regelsätzen leben müssen.
- 1116 DIE LINKE setzt sich für eine
1117 emanzipatorische und sozial gerechte
1118 Familienpolitik ein. Alle Bürgerinnen und
1119 Bürger – gleich welchen Alters – müssen
1120 ein Leben in Würde führen und sich optimal
1121 entwickeln können. Familienpolitik und die
1122 Gleichstellung von Frauen und Männern
1123 müssen dabei Hand in Hand gehen,
1124 Erwerbs- und Familienarbeit gerecht
1125 zwischen den Geschlechtern verteilt
1126 werden.

1127 **DIE LINKE fordert:**

- 1128 • Gebührenfreie öffentliche
1129 Kinderbetreuung flächendeckend
1130 garantieren: Rechtsanspruch auf einen
1131 gebührenfreien Ganztagsbetreuungsplatz
1132 für jedes Kind ab dem ersten Lebensjahr
1133 einführen; Öffnungszeiten der
1134 Betreuungseinrichtungen flexibel gestalten;
- 1135 • Elterngeld zu einem sozial ausgestalteten
1136 Elterngeldkonto weiterentwickeln: für Väter

1137 und Mütter einen nicht übertragbaren
 1138 gleichen Anspruch auf jeweils zwölf, für
 1139 Alleinerziehende 24 Monate schaffen;
 1140 Inanspruchnahme in Teilabschnitten von
 1141 mindestens zwei Monaten bis zur
 1142 Vollendung des siebten Lebensjahres des
 1143 Kindes ermöglichen;

1144 • höherer Regelsatz sofort für Kinder und
 1145 Jugendliche, die Leistungen nach Hartz IV
 1146 beziehen: den Regelsatz sofort deutlich
 1147 anheben; jungen Erwachsenen ab dem 18.
 1148 Lebensjahr einen Anspruch auf eine eigene
 1149 Haushaltsführung außerhalb des
 1150 Elternhauses verschaffen; einen
 1151 eigenständigen
 1152 Mindestsicherungsanspruch für Kinder
 1153 unter Berücksichtigung von eigenem
 1154 Einkommen und Unterhaltsansprüchen
 1155 einführen;

1156 • Kinderarmut dauerhaft verhindern: den
 1157 bedarfsorientierten Kinderzuschlag und das
 1158 Kindergeld sofort auf je 200 Euro erhöhen;
 1159 beide Leistungen zu einer
 1160 bedarfsorientierten Kindergrundsicherung
 1161 zusammenführen und ausbauen;
 1162 familienpolitische Leistungen für alle in
 1163 Deutschland lebenden Kinder und Familien
 1164 unabhängig von Staatsbürgerschaft und
 1165 Aufenthaltsstatus auszahlen;

1166 • finanzielle Situation von
 1167 Alleinerziehenden erleichtern:
 1168 Unterhaltsvorschussleistungen nicht beim
 1169 Wohngeld anrechnen; die volle Anrechnung
 1170 des Kindergeldes rückgängig machen und
 1171 die zeitlichen Beschränkungen bei der
 1172 Bezugsberechtigung abschaffen;

1173 • Pflegende unterstützen: Leistungen der
 1174 Pflegeversicherung, insbesondere
 1175 ambulante Sachleistungsbeträge, deutlich
 1176 anheben und jährlich anpassen;

1177 • Ehegattensplitting abschaffen:
 1178 individuelle Besteuerung einführen;
 1179 tatsächliche Betreuungs- und
 1180 Pflegeleistungen sowie das
 1181 Zusammenleben mit Kindern steuerlich
 1182 fördern;

1183 • alle Familienformen gleichstellen:
 1184 Adoptionsrecht für lesbische und schwule
 1185 Paare einführen.

1186

1187 2.6. Mehr Einheit wagen

1188 „Ein Jugendlicher, der aus Schwerin seinem
 1189 Ausbeutungsverhältnis bis nach Bayern
 1190 hinterher reisen muss, kann sich schwerlich
 1191 frei fühlen.“ **Matthias Wedel**

1192 Weite Teile Ostdeutschlands und eine
 1193 wachsende Zahl von Landkreisen und
 1194 Städten im Westen leiden unter
 1195 besonderen regionalen Problemen.
 1196 Massenhaft fehlen Arbeitsplätze, die
 1197 Jüngeren wandern ab, und Schulen
 1198 schließen. Als einzige Partei unterstützt DIE
 1199 LINKE das Ziel, für gleichwertige
 1200 Lebensverhältnisse in den Regionen zu
 1201 sorgen. Auch nach zwei Jahrzehnten
 1202 „Aufbau Ost“ spüren die Menschen in den
 1203 östlichen Bundesländern, dass grundle-
 1204 gende Probleme immer noch ungelöst sind.
 1205 Landkarten, auf denen die Verteilung von
 1206 Arbeitslosigkeit, Einkommen, Investitionen,
 1207 Steuerkraft oder anderen wirtschaftlichen
 1208 und sozialen Faktoren auf Länder und
 1209 Landkreise in Deutschland sichtbar
 1210 gemacht wird, bilden immer noch deutlich
 1211 erkennbar die frühere Ost-West-Teilung ab.

1212 Es fehlen dort rund zwei Millionen
 1213 Arbeitsplätze. Die Kluft zwischen den
 1214 wenigen aufsteigenden und den vielen
 1215 strukturschwachen Regionen vertieft sich.
 1216 Die Kommunen sind unterfinanziert. Der
 1217 Abstand zur Entwicklung Westdeutschlands
 1218 ist seit über zehn Jahren nicht geringer
 1219 geworden. Die Gefahr der weiteren
 1220 Abkopplung ist real. Aus diesen Gründen
 1221 sind die wichtigsten Instrumente der
 1222 Regionalpolitik auf eine verlässliche
 1223 Grundlage zu stellen. Und deshalb gilt
 1224 auch: Endlich muss im Verhältnis Ost/West
 1225 gleicher Lohn für gleiche Arbeit in gleicher
 1226 Arbeitszeit gelten. Und gleiche Rente für
 1227 gleiche Lebensleistung. Zur Herstellung der
 1228 inneren Einheit gehört nicht zuletzt ein
 1229 respektvoller Umgang mit den
 1230 unterschiedlichen Biografien aus dem
 1231 Osten Deutschlands. Die Aufarbeitung der
 1232 Geschichte der DDR ist nur als Teil der
 1233 deutschen Geschichtsschreibung möglich.

1234 Ostdeutschland braucht eine
 1235 Zukunftsperspektive. Der „Aufbau Ost“ als
 1236 „Nachbau West“, wie ihn alle anderen
 1237 Parteien immer noch auf ihre Fahne
 1238 geschrieben haben, ist gescheitert. Er
 1239 scheiterte vor allem an der
 1240 Selbstüberschätzung im Westen, nach dem

1241	Ende einer Epoche unverändert weiter	1290	<ul style="list-style-type: none"> • das öffentliche Bildungswesen erhalten, ausbauen und modernisieren und längeres gemeinsames Lernen organisieren;
1242	machen zu können wie bisher. Er scheiterte	1291	
1243	an der Überheblichkeit eines Teils der	1292	
1244	westdeutschen Eliten, wonach ohne	1293	<ul style="list-style-type: none"> • die „Ausstattungsversprünge“ Ostdeutschlands bei der frühkindlichen Betreuung, Bildung und Erziehung und der vielgegliederten kulturellen Landschaft erhalten, zum Maßstab machen, auf den Westen übertragen und qualitativ ausbauen;
1245	genaues Hinschauen feststand, dass in	1294	
1246	Ostdeutschland nichts war und ist, was	1295	
1247	auch für den Westen interessant gewesen	1296	
1248	wäre – außer Grund und Boden.	1297	
1249	Die ostdeutsche Wirtschaft hat dann eine	1298	
1250	Chance, wenn gezielt das getan wird, was	1299	<ul style="list-style-type: none"> • den in Ostdeutschland besonders ausgeprägten Niedriglohnsektor energisch bekämpfen: tarifliche Beschäftigungsverhältnisse im Rahmen öffentlicher Auftragsvergabe und Ausschreibungen fördern;
1251	weltweit notwendig ist: auf erneuerbare	1300	
1252	Energie und Ressourceneffizienz setzen, die	1301	
1253	entsprechenden Technologien und	1302	
1254	Produkte mit Macht vorantreiben.	1303	
1255	Ostdeutschland kann in diesen global	1304	
1256	anstehenden sozioökonomischen	1305	<p>DIE LINKE fordert eine zukunftsfähige Regionalpolitik in Ost und West:</p> <ul style="list-style-type: none"> • „Gemeinschaftsaufgabe regionale Wirtschaftspolitik“ deutlich besser ausstatten und andere Ziele setzen: weg von Export und interregionaler Orientierung hin zur selbsttragenden Entwicklung; • Investitionszulage auf dem bis 2009 gültigen Niveau weiterführen; • in zukunftsträchtige Ressourcen und Technologien investieren und entsprechende Forschung und Entwicklung gezielt fördern; • Netzwerke zwischen den zukunftsträchtigen Unternehmen, Hochschulen und kleinen und mittleren Betrieben stärken; • die Energieversorgung rekommunalisieren, weitgehend auf erneuerbare Energien umstellen und Landkreise und Kommunen fördern, die regionale Energieautonomie mit nichtfossilen Energieträgern verwirklichen wollen.
1257	Umbrüchen vorangehen. Wenn der	1306	
1258	politische Wille da ist, und wenn die	1307	
1259	Menschen vor Ort realistische Perspektiven	1308	
1260	gestalten können, kann Ostdeutschland zu	1309	
1261	einer sozial-ökologischen Modellregion	1310	
1262	werden.	1311	
1263	DIE LINKE fordert für Ostdeutschland:	1312	<ul style="list-style-type: none"> • den Grundsatz „Gleiche Löhne und Gehälter bei gleicher Arbeitszeit und gleicher Arbeit“ verwirklichen; einen bundeseinheitlichen gesetzlichen Mindestlohn einführen; • Rentenungerechtigkeit beseitigen: die Rentenwerte Ost an West anpassen und die niedrigeren Einkünfte höher berechnen; die Überführungslücken und -ungerechtigkeiten beseitigen; • die Solidarpakt-Mittel bis 2019 sichern und im Rahmen regionaler Leitbilder gezielt einsetzen; • Regionalplanung demokratisieren: die Rolle von Verbänden, Vereinen, anderen zivilgesellschaftlichen Akteuren, Bürgerinnen und Bürgern in der Regionalplanung stärken; regionale Leitbilder entwickeln und gesellschaftlich verankern; Modellregionen des sozialökologischen Umbaus gestalten; • flächendeckende ärztliche Versorgung in ländlichen Räumen unter Nutzung der Erfahrungen mit Polikliniken und Gemeindefachstellen gewährleisten;
1264	• den Grundsatz „Gleiche Löhne und	1313	
1265	Gehälter bei gleicher Arbeitszeit und	1314	
1266	gleicher Arbeit“ verwirklichen; einen	1315	
1267	bundeseinheitlichen gesetzlichen	1316	
1268	Mindestlohn einführen;	1317	
1269	• Rentenungerechtigkeit beseitigen: die	1318	
1270	Rentenwerte Ost an West anpassen und die	1319	
1271	niedrigeren Einkünfte höher berechnen; die	1320	
1272	Überführungslücken und -	1321	
1273	ungerechtigkeiten beseitigen;	1322	
1274	• die Solidarpakt-Mittel bis 2019 sichern	1323	
1275	und im Rahmen regionaler Leitbilder gezielt	1324	
1276	einsetzen;	1325	
1277	• Regionalplanung demokratisieren: die	1326	
1278	Rolle von Verbänden, Vereinen, anderen	1327	
1279	zivilgesellschaftlichen Akteuren,	1328	
1280	Bürgerinnen und Bürgern in der	1329	
1281	Regionalplanung stärken; regionale	1330	
1282	Leitbilder entwickeln und gesellschaftlich		
1283	verankern; Modellregionen des		
1284	sozialökologischen Umbaus gestalten;		
1285	• flächendeckende ärztliche Versorgung in		
1286	ländlichen Räumen unter Nutzung der		
1287	Erfahrungen mit Polikliniken und		
1288	Gemeindefachstellen		
1289	gewährleisten;		

1331 **2.7. Soziale Sicherheit:**

1332 **Solidarität statt Privatisierung**
1333 **und Armenfürsorge**

1334 „Es ist heilsam, daran erinnert zu werden,
1335 dass der Stärkste erlahmen und der Klügste
1336 irren kann.“ **Mahatma Gandhi**

1337 SPD und Grüne und später CDU/CSU und
1338 SPD haben große Löcher in das soziale
1339 Netz gerissen. Viele Menschen fürchten
1340 Armut im Alter und den sozialen Absturz
1341 und sorgen sich, Gesundheits- und
1342 Pflegeleistungen nicht bezahlen zu können.
1343 Mit Hartz IV wurden Armut und
1344 Ausgrenzung zum Gesetz. Das ist
1345 offensichtlich politisches Kalkül: Die
1346 millionenfache Angst vor Hartz IV erhöht
1347 die Möglichkeiten für Unternehmen, die
1348 Löhne zu senken.

1349 Gegen Privatisierung und Armenfürsorge
1350 setzen wir auf starke öffentliche
1351 Solidarsysteme und deren verlässliche und
1352 gerechte Finanzierung. Alle Berufsgruppen
1353 sind einzubeziehen. Die Ausweitung der
1354 Systeme sozialer Sicherung bezieht
1355 schutzbedürftige Gruppen in das soziale
1356 Netz ebenso ein, wie sie die bisherige
1357 Privilegierung Wohlhabender beendet. Gute
1358 soziale Sicherung ist möglich und
1359 bezahlbar, wenn man den richtigen Weg
1360 wählt. Das gilt für die Rente ebenso wie für
1361 die Unterstützung bei Arbeitslosigkeit und
1362 für bezahlbaren Wohnraum. Dies gilt im
1363 Gesundheits- und Pflegebereich, in dem
1364 auch in einer alternden Gesellschaft alle
1365 medizinisch notwendigen Leistungen und
1366 eine humane Pflege gewährleistet werden
1367 müssen.

1368 Durch unsere Reformvorschläge wollen wir
1369 Sicherheit für die Lebensplanung
1370 ermöglichen, den Lebensstandard
1371 verbessern und zu einem nachhaltigen
1372 Abbau von Armut und sozialer Ausgrenzung
1373 beitragen.

1374 Gute Arbeit und eine gerechte Finanzierung
1375 sind die Voraussetzungen für einen guten
1376 Sozialstaat. Wer gute Arbeit hat, kann
1377 ausreichende Ansprüche auf soziale
1378 Sicherungsleistungen aufbauen. Wenn gute
1379 Arbeit und Löhne wachsen und nicht
1380 Minijobs und prekäre Arbeit, haben die
1381 Sozialkassen mehr Geld zur Verfügung.
1382 Wenn Arbeitgeber paritätisch und
1383 Besserverdienende ohne

1384 Beitragsbemessungsgrenze an der
1385 Finanzierung der sozialen Sicherung
1386 beteiligt sind, können gute Leistungen und
1387 sozialer Ausgleich bezahlt werden.

1388 Dem Sozialstaat drohen angesichts der
1389 Wirtschaftskrise Einnahmefälle und
1390 zusätzliche Ausgaben in Milliardenhöhe.
1391 Viele Menschen befürchten, dass Union,
1392 SPD, Grüne und FDP ihnen nicht die
1393 Wahrheit sagen und nach der Wahl bei
1394 allen sozialen Leistungen kürzen. DIE LINKE
1395 garantiert: Mit uns wird es nach der Wahl
1396 keinerlei Kürzungen der Sozialleistungen
1397 und keine Belastung von Sozialversicherung
1398 geben. Wir fordern alle anderen Parteien
1399 auf, mit uns in einem überparteilichen Pakt
1400 eine Sozialstaatsgarantie durchzusetzen.

1401 **Gute Rente**

1402 Anhaltende Massenerwerbslosigkeit, die
1403 Ausweitung prekärer Arbeit und sinkende
1404 Löhne führen bei immer mehr
1405 Erwerbstätigen zu wachsenden Lücken in
1406 ihrer Erwerbsbiografie und damit fehlenden
1407 Beitragszeiten in der Rentenversicherung.
1408 Hinzu kommen niedrigere Beiträge
1409 aufgrund niedrigerer Löhne. Die sog.
1410 Rentenreformen, erst von Union und FDP,
1411 dann von SPD und Grünen, senkten zudem
1412 das Niveau der gesetzlichen Rente
1413 erheblich. Die Versicherten sollen diese
1414 Kürzungen ohne Beiträge der Unternehmen
1415 durch mehr private Vorsorge („Riester“)
1416 ausgleichen. Doch wer erwerbslos ist oder
1417 wenig verdient, hat nicht einmal dazu eine
1418 wirkliche Chance. Die von der SPD/CDU
1419 beschlossene Rente erst ab 67 Jahre ist
1420 nicht nur eine Rentenkürzung um zwei
1421 Jahre, sondern sie wird für die meisten eine
1422 weitere Rentenkürzung nach sich ziehen,
1423 da nur wenige bis zu diesem Renteneintritt
1424 arbeiten können und dann Abschläge auf
1425 ihre Rente hinnehmen müssen. So
1426 potenziert sich das Risiko von Altersarmut.

1427 Die Rentenreformen der letzten Jahre
1428 haben zu einer Teilprivatisierung der
1429 Alterssicherung geführt, die vor allem
1430 Versicherungskonzernen und Unternehmen
1431 nützt. Für die Versicherten steigen die
1432 finanziellen Belastungen und Risiken. Im
1433 Gegensatz zur Gesetzlichen
1434 Rentenversicherung sind die privat
1435 angelegten Gelder zur Alterssicherung auch
1436 vor einer Finanzkrise nicht gesichert. Das
1437 Ziel der Lebensstandardsicherung für die

1438 Rentnerinnen und Rentner wurde
1439 ausdrücklich aufgegeben.

**1440 DIE LINKE fordert einen grundlegenden
1441 Kurswechsel in der Rentenpolitik:**

1442 • das öffentliche Solidarsystem der
1443 gesetzlichen Rente stärken: den
1444 Lebensstandard im Alter sichern und
1445 langjährigen Beitragszahlerinnen und -
1446 zahlern eine Rente deutlich oberhalb des
1447 Grundsicherungsniveaus bieten; sämtliche
1448 Kürzungsfaktoren aus der Rentenformel
1449 streichen, damit die Rente wieder der
1450 Lohnentwicklung folgt;

1451 • die gesetzliche Rentenversicherung zu
1452 einer solidarischen
1453 Erwerbstätigenversicherung umbauen:
1454 Selbständige, Beamtinnen und Beamte,
1455 Politikerinnen und Politiker einbeziehen;
1456 die Beitragsbemessungsgrenze aufheben,
1457 die damit verbundene Rentenerhöhung
1458 abflachen und den Spielraum für eine
1459 solidarische Umverteilung vergrößern; auf
1460 dieser Basis die staatliche Unterstützung
1461 der privaten Vorsorge einstellen, die
1462 erworbenen Ansprüche und die staatlichen
1463 Fördermittel überführen;

1464 • Solidarausgleich in der gesetzlichen
1465 Rente stärken: Zeiten von Erwerbslosigkeit,
1466 Kinderbetreuung - auch vor 1992 -, Pflege
1467 und niedrigen Löhnen aufwerten, um
1468 Altersarmut zu verhindern; eine
1469 eigenständige Alterssicherung für Frauen
1470 unterstützen;

1471 • Renteneintrittsalter senken: die Rente
1472 erst ab 67 wieder abschaffen und flexible
1473 Ausstiegsmöglichkeiten ohne Abschläge
1474 vor dem 65. Lebensjahr schaffen; die
1475 Förderung der Altersteilzeit durch die
1476 Bundesagentur für Arbeit fortsetzen und
1477 einen erleichterten und abschlagsfreien
1478 Zugang zu Erwerbsminderungsrenten
1479 eröffnen;

1480 • Armut im Alter verhindern: kein Mensch
1481 darf im Rentenalter weniger als 800 Euro
1482 im Monat zum Leben haben;

1483 • die Rentenungerechtigkeit zwischen Ost
1484 und West beseitigen.

1485

**1486 Gesundheit und Solidarische
1487 Bürgerinnen- und Bürgerversicherung**

1488 Die Umstrukturierungen im
1489 Gesundheitssystem zielten seit den 90er
1490 Jahren darauf ab, es vermehrt privaten
1491 Anbietern und den Kapitalmärkten zu
1492 öffnen, Umverteilung zu Lasten der
1493 gesetzlich Krankenversicherten betreiben
1494 und es an den Wettbewerbsinteressen der
1495 Wirtschaft auszurichten. Dieser Weg wird
1496 auch mit dem Gesundheitsfonds
1497 beschritten.

1498 Auch hier gilt wieder: Die Versicherten
1499 werden zusätzlich belastet, die
1500 Unternehmen entlastet. Der finanzielle
1501 Druck auf Ärztinnen und Ärzte und
1502 Krankenhäuser bleibt bestehen, und damit
1503 die Unsicherheit bei den Patientinnen und
1504 Patienten, ob sie die medizinisch
1505 notwendige Versorgung erhalten.

1506 Wir haben das Ziel, die Gesetzliche
1507 Krankenversicherung (GKV) zu einer
1508 solidarischen Bürgerinnen- und
1509 Bürgerversicherung zu entwickeln und auf
1510 einer neuen Basis auszubauen. Es geht
1511 darum, die Finanzierung sowie den
1512 versicherten Personenkreis und damit die
1513 Einnahmehasis auszuweiten. So wird
1514 gesamtgesellschaftliche Solidarität auf
1515 einer stabilen Finanzierungsbasis erreicht.

1516 DIE LINKE fordert:

1517 • die gesetzliche Krankenversicherung und
1518 Pflegeversicherung reformieren, alle
1519 Berufsgruppen und Einkommensarten in
1520 die Finanzierung einbeziehen, die
1521 Beitragsbemessungsgrenze aufheben und
1522 den Sonderbeitrag für Arbeitnehmerinnen
1523 und Arbeitnehmer, Rentnerinnen und
1524 Rentner wieder abschaffen;

1525 • den Leistungskatalog der Gesetzlichen
1526 Krankenversicherung wieder am
1527 medizinischen Bedarf ausrichten:
1528 unbeschränkter Zugang für alle,
1529 Abschaffung aller Zuzahlungen,
1530 einschließlich der Praxisgebühr;

1531 • Patienteninteressen in den Mittelpunkt
1532 stellen: Effektivität und Qualität nicht der
1533 Wirtschaftlichkeit unterordnen,
1534 Medikamente durch die Einführung einer
1535 Positivliste mit festen Preisen bezahlbar
1536 machen, die Mehrwertsteuer für
1537 Arzneimittel auf den ermäßigten Satz von

1538 sieben Prozent senken; die Rechte von
 1539 Patienten und Pflegebedürftigen ausbauen
 1540 und stärken;

1541 • Die bedarfsgerechte, wohnortnahe
 1542 Versorgung für alle sicher stellen: die
 1543 Privatisierung von Krankenhäusern stoppen
 1544 bzw. rückgängig machen; die staatliche
 1545 Krankenhausplanung und -finanzierung
 1546 erhalten; dem Mangel an Ärztinnen und
 1547 Ärzten, Pflegerinnen und Pflegern auf dem
 1548 Land durch planmäßige
 1549 Nachwuchsförderung, gute Bezahlung
 1550 sowie ein enge Vernetzung ambulanter und
 1551 stationärer Einrichtungen (Polikliniken),
 1552 durch Schaffung von
 1553 Gemeindegemeinschaften und durch
 1554 gezielte Förderung von Landarztstellen
 1555 entgegensteuern;

1556 • Gesundheitsförderung konsequent
 1557 betreiben: Gesundheitsförderung schon bei
 1558 der Schwangerenbetreuung beginnen und
 1559 im Kinder- und Jugendalter unter
 1560 Einbeziehung der Bildungseinrichtungen
 1561 fortführen; ein Präventionsgesetz
 1562 einführen, um das Auftreten von
 1563 Krankheiten möglichst zu verhindern
 1564 beziehungsweise sie frühzeitig zu erkennen
 1565 und zu behandeln;

1566 • Pflegenotstand beseitigen: das
 1567 Pflegepersonal besser und tariflich
 1568 bezahlen, die Pflegesätze den Bedürfnissen
 1569 der Pflegebedürftigen anpassen, die
 1570 stationäre Versorgung von
 1571 Heimbewohnerinnen und Heimbewohnern
 1572 verbessern; einheitliche Personalschlüssel
 1573 entwickeln, die ganzheitliche Pflege
 1574 ermöglichen, Angehörige und Pflegende
 1575 beraten und finanziell und sozialrechtlich
 1576 besser stellen.

1577 **Erwerbslosigkeit verhindern,**
 1578 **Arbeitslosenversicherung stärken,**
 1579 **Arbeitsmarktpolitik neu ausrichten**

1580 Erwerbslosigkeit ist nicht nur ein
 1581 konjunkturelles, sondern auch ein
 1582 strukturelles Problem. Es muss durch eine
 1583 nachhaltige öffentliche Investitionspolitik,
 1584 durch eine sozialökologische
 1585 Neuausrichtung der Wirtschaftspolitik,
 1586 durch Schaffung guter Arbeit und durch
 1587 Beschäftigungspolitik gelöst werden. Den
 1588 Niedriglohnsektor auszuweiten und den
 1589 Druck auf Erwerbslose zu erhöhen, wie mit
 der Agenda 2010 geschehen, gehört zu

1591 den schwerwiegenden Fehlern der
 1592 Schröder-Fischer-Politik. Die Spaltung der
 1593 Erwerbslosen in noch "aussichtsreiche"
 1594 Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer im
 1595 ALG I und in "arbeitsmarktferne"
 1596 Almosenempfängerinnen und -empfänger
 1597 im sogenannten Fürsorgesystem des ALG II
 1598 muss überwunden werden. Die massive
 1599 Senkung der Beitragssätze in der
 1600 Arbeitslosenversicherung von 6,5% auf
 1601 2,8%, war ein Milliarden Geschenk an die
 1602 Unternehmerinnen und Unternehmer.
 1603 Langzeitarbeitslose haben wie alle
 1604 Arbeitssuchenden Anspruch auf eine gute
 1605 Beratung und Unterstützung bei ihrer
 1606 Arbeitsplatzsuche.

1607 **Die Linke fordert:**

1608 • den Schutz durch die
 1609 Arbeitslosenversicherung verbessern:
 1610 Kurzarbeitergeld in der Krise verlängern
 1611 und ausweiten, Erstattungspflichten für
 1612 Unternehmen nach der Krise erhöhen, die
 1613 Einrichtung von Auffang- und
 1614 Beschäftigungsgesellschaften erleichtern,
 1615 die Bezugsdauer des Arbeitslosengeldes
 1616 verlängern;

1617 • die aktive Arbeitsmarktpolitik ausbauen:
 1618 die Weiterbildung stärken, einen öffentlich
 1619 geförderten Beschäftigungssektor mit
 1620 sozialversicherungspflichtigen
 1621 Arbeitsverhältnissen schaffen und die
 1622 Ansprüche auf Förderung als eine
 1623 Versicherungsleistung verankern;

1624 • Hartz IV abschaffen und damit die
 1625 schädlichen Wirkungen auf den
 1626 Arbeitsmarkt beseitigen: alle Erwerbslosen
 1627 als arbeitslose Arbeitnehmerinnen und
 1628 Arbeitnehmer gleich behandeln; den
 1629 gleichen Zugang zu arbeitsmarktpolitischen
 1630 Integrationsleistungen herstellen und alle
 1631 Ein-Euro-Jobs in
 1632 sozialversicherungspflichtige tariflich
 1633 bezahlte Arbeitsverhältnisse umwandeln;

1634 • Hartz IV durch eine bedarfsdeckende und
 1635 sanktionsfreie Mindestsicherung ersetzen,
 1636 die Armut tatsächlich verhindert und die
 1637 Bürgerrechte der Betroffenen achtet:

1638 - Anspruch für alle in der
 1639 Bundesrepublik lebenden Menschen,
 1640 die über kein ausreichendes
 1641 Einkommen und Vermögen verfügen,
 1642 um ihren Mindestbedarf zu decken;

1643 - Anhebung des Regelsatzes auf 500
 1644 Euro bis zur Einführung einer
 1645 bedarfsdeckenden und sanktionsfreien
 1646 Mindestsicherung;

1647 - angemessene Wohnkosten in Höhe
 1648 der tatsächlichen Aufwendungen
 1649 ersetzen (Maßstab: Kriterien sozialer
 1650 Wohnungsbau plus zehn Prozent,
 1651 Bruttowarmmiete);

1652 - die Schnüffelpraxis der
 1653 Wohnungsbesuche einstellen;

1654 - die Bedarfsgemeinschaft abschaffen,
 1655 das Individualprinzip auf der Basis der
 1656 gesetzlichen Unterhaltspflichten
 1657 einführen;

1658 - die Vermögensfreigrenzen auf 20.000
 1659 Euro pro Person heraufsetzen und das
 1660 Schonvermögen für die Altersvorsorge
 1661 auf 700 Euro pro Lebensjahr anheben;

1662 • die Zumutbarkeit von Arbeit an neue
 1663 Bedingungen knüpfen: Existenz sicherndes
 1664 Einkommen schaffen, die berufliche
 1665 Qualifikation in Wert stellen, am vorherigen
 1666 Verdienst orientieren, die Ansprüche an
 1667 Flexibilität und Pendelzeiten senken, die
 1668 politische und religiöse Gewissensfreiheit
 1669 achten, freiwillige Teilnahme an
 1670 arbeitsmarktpolitischen
 1671 Förderprogrammen.

1672 **Bezahlbaren Wohnraum sichern**

1673 Während einkommensstarke Haushalte nur
 1674 13 bis 14 Prozent ihres Einkommens für die
 1675 Wohnkosten aufwenden, steigt dieser Wert
 1676 bei Haushalten mit mittleren Einkommen
 1677 auf 26 bis 29 Prozent und bei
 1678 einkommensschwachen auf bis zu 50
 1679 Prozent. Die Zahl der überschuldeten
 1680 Haushalte nimmt zu. Mietschulden sind
 1681 daran wesentlich beteiligt. Vor allem
 1682 steigen die Wohnnebenkosten für Wasser
 1683 und Abwasser, Strom und
 1684 Abfallentsorgung. Die Kosten für Heizung
 1685 und Warmwasser (Öl und Gas) sind in den
 1686 vergangenen Jahren geradezu explodiert.
 1687 Trotzdem sieht die Bundesregierung keine
 1688 Notwendigkeit, das Wohngeld weiter
 1689 anzupassen.

1690 Der massenhafte Ausverkauf öffentlicher,
 1691 bisher relativ preiswerter
 1692 Wohnungsbestände schreitet voran. Das in
 1693 Jahrzehnten erworbene und bis dato der

1694 sozialen Wohnungsversorgung dienende
 1695 öffentliche Wohnungsbauvermögen wird
 1696 zunehmend der Finanzwirtschaft
 1697 übereignet, die durch
 1698 Steuerabschreibungen und erwartete
 1699 Renditen aus der Vermietung auf satte
 1700 Profite spekuliert.

1701 **DIE LINKE will die Wohnungspolitik**
 1702 **grundlegend erneuern:**

1703 • das Grundrecht auf eine
 1704 menschenwürdige Wohnung achten:
 1705 Räumungen auf die Straße verbieten; das
 1706 Wohngeld bedarfsgerecht erhöhen;

1707 • Ausverkauf öffentlicher Wohnungen
 1708 beenden: Rekommunalisierung fördern;
 1709 kommunale Unternehmen von Altschulden
 1710 entlasten; genossenschaftliches Eigentum
 1711 an Wohnungen stärken;

1712 • Mittel für den Sozialen Wohnungsbau
 1713 erhalten: Zweckentfremdung dieser Mittel
 1714 für die Bildung von Wohneigentum
 1715 verhindern, nur für den Mietwohnungsbau
 1716 oder die Sanierung der Bestände
 1717 verwenden; eine sozial ausgewogene
 1718 Verteilung der Wohnungsbestände im
 1719 Stadtgebiet anstreben;

1720 • Mieterhöhungen begrenzen: bei der
 1721 Erstellung der Mietspiegel auch
 1722 unveränderte Bestandsmieten einbeziehen;
 1723 Mieterhöhungen bei Neu- und
 1724 Wiedervermietung ohne
 1725 Wohnwertverbesserung ausschließen;

1726 • Betriebskosten senken:
 1727 verbrauchsunabhängige Betriebskosten,
 1728 wie zum Beispiel Steuern, Versicherungen
 1729 und Antennenkosten in die Grundmiete
 1730 einbeziehen.

1731 **2.8. Niemanden ausgrenzen –**
 1732 **Politik sozialer Integration**

1733 „Wenn wir Menschlichkeit wollen, müssen
 1734 wir menschliche Verhältnisse schaffen.“
 1735 **Bert Brecht**

1736 Soziale Ausgrenzung ist häufig Folge von
 1737 Arbeitslosigkeit, Überschuldung, Trennung,
 1738 Verlust familiärer Bindungen, chronischen
 1739 Erkrankungen. Sie wird oft durch
 1740 Diskriminierungen gegenüber Frauen und
 1741 Minderheiten verstärkt. Mit Hartz IV

- 1742 wurden die Lösungsangebote für Menschen
 1743 in schwierigen Lebenslagen – durch die
 1744 einseitige Fixierung auf die Erwerbsfä-
 1745 higkeit – zumeist dem „Fallmanagement“
 1746 der Arbeitsagenturen untergeordnet. Die
 1747 ganzheitliche Beratung des
 1748 bundesdeutschen Sozialrechts kam bei
 1749 Betroffenen nicht mehr an. Es ist ein
 1750 gesellschaftliches Klima entstanden, in
 1751 dem der Generalverdacht der Abzocke
 1752 regiert und das Prinzip verlassen wurde,
 1753 dass alle Menschen Bürgerrechte
 1754 genießen. Datenschutz, Freizügigkeit und
 1755 Persönlichkeitsschutz wurden mit Hartz IV
 1756 geschliffen.
- 1757 Menschen in prekären Lebenslagen
 1758 benötigen umfassende und zielgenaue
 1759 Hilfe. Entscheidend ist, dass die psycho-
 1760 sozialen Beratungsangebote und
 1761 Sozialdienste erreichbar sind und
 1762 fachübergreifend zusammenarbeiten.
 1763 Prävention gegen Ausgrenzung ist die
 1764 beste und preiswerteste Sozialhilfe.
 1765 Menschen sind weder Kostenfaktoren noch
 1766 illegal. Sie kommen nicht als Käuferinnen
 1767 und Käufer auf die Welt. Sie sind keine
 1768 Ware, die sich auf Unternehmerinnen und
 1769 Unternehmer der eigenen Arbeitskraft
 1770 reduzieren lassen. Linke Politik tritt dafür
 1771 ein, dass alle Menschen – unabhängig von
 1772 Alter, Geschlecht, Herkunft,
 1773 Gesundheitszustand oder sexueller
 1774 Orientierung – ein selbstbestimmtes Leben
 1775 führen können.
- 1776 DIE LINKE orientiert sich am
 1777 „Übereinkommen über die Rechte
 1778 behinderter Menschen“, das Deutschland
 1779 im Dezember 2008 ratifiziert hat. Quer
 1780 durch alle gesellschaftlichen und politi-
 1781 schen Bereiche ziehen sich unsere
 1782 Forderungen nach Chancengleichheit,
 1783 Barrierebeseitigung und den
 1784 diskriminierungsfreien Ausgleich. Wir
 1785 setzen uns für den
 1786 Selbstvertretungsanspruch von Menschen
 1787 mit Behinderungen ein.
- 1788 Deutschland ist ein Einwanderungsland.
 1789 Diese Erkenntnis wird häufig nur unter dem
 1790 Aspekt der Nützlichkeit für den
 1791 Arbeitsmarkt akzeptiert. Quoten,
 1792 Kontingente und Punktesysteme sind
 1793 Instrumente einer menschenverachtenden,
 1794 selektiven Einwanderungspolitik. Wir wollen
 1795 die Rechte und Chancen der Migrantinnen und
 1796 Migrantinnen stärken. Der Familiennachzug
 1797 muss sowohl Kindern als auch gleich- und
 1798 andersgeschlechtlichen
 1799 Lebenspartnerinnen und -partnern sowie
 1800 Familienangehörigen zweiten Grades
 1801 möglich sein. Menschen, die vor Men-
 1802 schenrechtsverletzungen, Kriegen und
 1803 politischer Verfolgung geflohen sind, dürfen
 1804 nicht abgewiesen oder abgeschoben
 1805 werden. Die LINKE setzt sich für das aktive
 1806 und passive kommunale Wahlrecht für jene
 1807 ein, die ihren Lebensmittelpunkt in
 1808 Deutschland haben, sowie für gleiche
 1809 Rechte beim Zugang zum Arbeitsmarkt.
 1810 Alle Kinder, die hier geboren werden und
 1811 deren Eltern in Deutschland leben, sollen
 1812 die deutsche Staatsangehörigkeit erhalten.
 1813 Die Einbürgerung muss wieder erleichtert
 1814 werden. Doppelte Staatsbürgerschaften
 1815 sollten grundsätzlich möglich sein.
- 1816 Sport kann kulturelle Verständigung und
 1817 den Abbau von Vorurteilen bewirken.
 1818 Deshalb ist eine Teilhabe aller zu
 1819 ermöglichen. Frauen, Menschen mit
 1820 Behinderungen, Migrantinnen und
 1821 Migranten sind besonders zu fördern.
 1822 Spitzen- und Breitensport sind gemeinsam
 1823 im Schul-, Freizeit- und Vereinssport
 1824 auszubauen.
- 1825 **DIE LINKE fordert zur Sicherung sozialer**
 1826 **Integration:**
- 1827 • Repressionspolitik mit der Abschaffung
 - 1828 der HartzIV-Gesetze beenden: Fallmana-
 - 1829 gement ganzheitlich auf die Lebenslage
 - 1830 Erwerbssuchender ausrichten und mit
 - 1831 sozialen und gesundheitlichen
 - 1832 Beratungsangeboten abgleichen;
- 1833 • ganzheitlichen Beratungsansatz durch
 - 1834 mehr Angebote stärken: Menschen in
 - 1835 schwierigen Lebenslagen wie
 - 1836 Überschuldung, Sucht, Wohnungslosigkeit
 - 1837 und anderes durch ein enges Netz
 - 1838 unabhängiger örtlicher Beratung stärken;
- 1839 • soziale Integration in unterschiedlichen
 - 1840 öffentlichen Räumen und Formen sichers-
 - 1841 tellen: Nachbarschaftstreffs,
 - 1842 Selbsthilfegruppen, Beratungsstellen,
 - 1843 niedrigschwellige und strukturierende
 - 1844 Kulturangebote in kommunalen Räumen
 - 1845 unterstützen;
- 1846 • soziale Ausgrenzung von Migrantinnen
 - 1847 und Migranten beenden: Migrationspolitik
 - 1848 nach arbeitsmarktlichen
 - 1849 Nützlichkeitskriterien beenden;

1850 Familiennachzug für Kinder und
 1851 gleichgeschlechtliche Lebenspartnerinnen
 1852 und -partner ermöglichen; keine
 1853 Abschiebung von Menschen aus
 1854 Kriegsgebieten und wegen politischer
 1855 Verfolgung; aktives und passives
 1856 kommunales Wahlrecht gewähren;
 1857 Einbürgerung erleichtern; doppelte
 1858 Staatsbürgerschaften ermöglichen;

1859 • Chancengleichheit für Menschen mit
 1860 Behinderungen sichern:
 1861 Barrierebeseitigung und
 1862 diskriminierungsfreien Ausgleich
 1863 umfassend herstellen, den
 1864 Selbstvertretungsanspruch von Menschen
 1865 mit Behinderungen anerkennen und
 1866 fördern;

1867 • gleichberechtigte Teilhabe aller an
 1868 sportlicher Betätigung sichern: besondere
 1869 Sportförderung von Frauen, für Menschen
 1870 mit Behinderungen, für Migrantinnen und
 1871 Migranten; Breiten- und
 1872 manipulationsfreien Spitzensport fördern.

1873 **2.9. Für eine sozial gerechte**
 1874 **Steuerreform**

1875 „Wer reich war, schonte seine Kräfte
 1876 Und wurde reicher durch Geschäfte;
 1877 Verdammt zur Sense und zum Spaten
 1878 Und Mühsal waren, die nichts hatten.“
 1879 **Bernard Mandeville,**
 1880 **Die Bienenfabel, 1705**

1881 DIE LINKE fordert ein verteilungsgerechtes
 1882 Steuersystem, das kleine und mittlere
 1883 Einkommensbezieher entlastet und
 1884 Vermögende und steuerlich
 1885 Leistungsfähige stärker belastet.

1886 Die Steuern für Best- und
 1887 Besserverdienende und große
 1888 Unternehmen wurden in den vergangenen
 1889 zehn Jahren massiv gesenkt. Heute zahlt
 1890 dank der damaligen Koalition von SPD und
 1891 Grünen ein Einkommensmillionär jährlich
 1892 über 100.000 Euro weniger Steuern als
 1893 Ende der 90er Jahre. Noch deutlicher ist
 1894 die Körperschaftsteuer gefallen, die bei
 1895 Aktiengesellschaften (AG) und
 1896 Gesellschaften mit beschränkter Haftung
 1897 (GmbH) erhoben wird. Allein dadurch kam
 1898 es von 2001 bis 2008 zu Steuerausfällen in
 1899 einer Gesamtsumme von über 100

1900 Milliarden Euro gegenüber dem Stand Ende
 1901 der 90er Jahre. Den Staat finanzieren
 1902 mittlerweile vor allem die abhängig
 1903 Beschäftigten. Rund drei Viertel des
 1904 Steueraufkommens werden durch die
 1905 Lohn-, Umsatz- und Verbrauchssteuern
 1906 aufgebracht. Im internationalen Vergleich
 1907 sind die auf Unternehmens- und
 1908 Vermögenseinkommen erhobenen Steuern
 1909 viel zu gering.

1910 Die Große Koalition setzte die von SPD und
 1911 Grünen begonnene Fehlentwicklung fort.
 1912 So wurden die Mehrwertsteuer von 16 auf
 1913 19 Prozent angehoben, die
 1914 Entfernungspauschale grundgesetzwidrig
 1915 zurückgestutzt und gleichzeitig erneut die
 1916 Steuer für Kapitalgesellschaften gesenkt.

1917 **DIE LINKE fordert, die Umverteilung von**
 1918 **unten nach oben zu beenden und**
 1919 **umzukehren:**

1920 • die Einkommenssteuer sozial und
 1921 gerecht reformieren: Besteuerung nach der
 1922 wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit zum
 1923 Grundprinzip machen; das Steuerrecht
 1924 einfach und transparent gestalten;
 1925 Personen und Familien mit niedrigen und
 1926 durchschnittlichen Einkommen entlasten
 1927 und Steuerpflichtige mit hohen und sehr
 1928 hohen Einkommen stärker heranziehen;

1929 - den Grundfreibetrag auf 9.300 Euro
 1930 erhöhen, so dass mehr als 12.000 Euro
 1931 brutto im Jahr steuerfrei bleiben;

1932 - Kapitalerträge wie Zinsen und
 1933 Dividenden zum persönlichen
 1934 Steuersatz versteuern statt mit einer
 1935 Pauschalsteuer von 25%;

1936 - den Spitzensteuersatz auf 53%
 1937 anheben;

1938 - die Steuerbelastung bis zum
 1939 Spitzensteuersatz von 53% linear
 1940 ansteigen lassen, der ab einem zu
 1941 versteuernden Einkommen von 65.000
 1942 Euro erhoben werden soll. Das bedeu-
 1943 tet, dass Steuerpflichtige von jedem
 1944 Euro, den sie über 84.000 Euro pro Jahr
 1945 verdienen, 53 Cent abführen müssen
 1946 und 47 Cent behalten können;

1947 - das Ehegattensplitting abschaffen;

1948 • die Pendlerpauschale neu regeln: die
 1949 Fahrtkosten unabhängig vom

1950 Verkehrsmittel anerkennen, auszahlen und
 1951 mit dem Einkommen versteuern, damit
 1952 niedrige Einkommen nicht länger
 1953 benachteiligt werden;

1954 • eine höhere Erbschaftssteuer realisieren:
 1955 den Erbberechtigten einen einheitlichen
 1956 Freibetrag in Höhe von 150.000 Euro
 1957 gewähren; für Erbinnen und Erben, die das
 1958 60. Lebensjahr vollendet haben, für Kinder,
 1959 hinterbliebene Ehegatten und für eine vom
 1960 Vererbenden benannte Person
 1961 (beispielsweise Lebenspartnerin oder
 1962 Lebenspartner) diesen Freibetrag
 1963 verdoppeln; bei Wirtschaftsgütern nur das
 1964 Anlagevermögen zur Berechnung der
 1965 Steuer heranziehen;

1966 • die Vermögenssteuer als Millionärssteuer
 1967 wieder einführen: Privatvermögen von über
 1968 einer Million Euro mit mindestens fünf
 1969 Prozent besteuern;

1970 • die Finanzmärkte regulieren: eine
 1971 Börsenumsatzsteuer einführen;
 1972 Kapitalerträge und Veräußerungsgewinne
 1973 aus Wertpapieren unabhängig von der
 1974 Haltedauer zusammen mit anderen
 1975 Einkünften zum persönlichen
 1976 Einkommensteuersatz versteuern, den
 1977 Sparerfreibetrag beibehalten und
 1978 Steueroasen austrocknen;

1979 • die Senkung der Körperschaftsteuer von
 1980 25% auf 15% zurücknehmen und die Be-
 1981 messungsgrundlage verbreitern;

1982 • den ermäßigten Umsatzsteuersatz von 7
 1983 Prozent ausweiten auf Produkte und
 1984 Dienstleistungen für Kinder,
 1985 apothekenpflichtige Arzneimittel und
 1986 arbeitsintensive Dienstleistungen des
 1987 Handwerks; für Unternehmen und
 1988 Selbständige regeln, dass Umsatzsteuer
 1989 nicht nach der Rechnungslegung, sondern
 1990 erst nach dem Zahlungseingang abzuführen
 1991 ist.

1992 **3. Für eine gerechte**
 1993 **zukunfts offene Gesellschaft**

1994 „Der beste Weg, die Zukunft vorauszusagen,
 1995 ist, sie zu gestalten.“ **Willy Brandt**

1996 „Die Würde des Menschen ist
 1997 unantastbar.“ Mit diesem Satz beginnt das
 1998 Grundgesetz. Zur Würde des Menschen

1999 gehört die Souveränität über das eigene
 2000 Leben, jetzt und in Zukunft. Wer von der
 2001 Not getrieben ist, wird seiner Würde
 2002 beraubt. Um Lebenssinn zu finden,
 2003 brauchen wir Zukunftsgewissheit. Frauen
 2004 und Männer wollen die Zeit für Arbeit und
 2005 Familie, für Bildung, Kultur und Erholung
 2006 souverän einteilen. Millionen Menschen
 2007 aber können das nicht mehr, weil sie am
 2008 Existenzminimum leben, keine Arbeit haben
 2009 oder nur unsichere Jobs. Die Gesellschaft
 2010 driftet auseinander. Sozialer Aufstieg durch
 2011 Bildung – dieses Versprechen früherer
 2012 Jahrzehnte – ist auf der Strecke geblieben.

2013 Zu diesem Einstieg in eine andere
 2014 Gesellschaft gehört die Neu- und
 2015 Umbewertung von Arbeit, damit alle
 2016 Menschen in den vier Bereichen tätig sein
 2017 können, auf die eine Gesellschaft
 2018 angewiesen ist und deren Vielfalt unser
 2019 Leben reicher macht. Das sind Arbeiten in
 2020 Beruf und Erwerb, in Familie und
 2021 Partnerschaft, Arbeit an sich selbst sowie
 2022 Teilnahme am kulturellen, politischen und
 2023 sozialen Leben. Bei radikaler Verkürzung
 2024 der Erwerbsarbeitszeit müssen diese
 2025 Arbeiten und diese Chancen, das
 2026 gesellschaftliche Leben mit zu gestalten,
 2027 gleich verteilt sein, nicht zuletzt zwischen
 2028 den Geschlechtern.

2029 Armut und fehlende Zukunftsgewissheit
 2030 sind kein individuelles, sondern politisches
 2031 Versagen. Um die Ursachen der sozialen
 2032 Spaltung zu überwinden, um Gerechtigkeit
 2033 als Fundament der Demokratie zu stärken,
 2034 müssen alle Menschen das Recht und die
 2035 Chance haben, die Zukunft mit zu
 2036 gestalten.

2037 Um zu entscheiden, wie wir morgen leben
 2038 wollen, benötigen wir die Chance auf
 2039 interkulturelle Erfahrungen, Gleichstellung
 2040 und Toleranz. Wir brauchen den Zugang zu
 2041 Wissenschafts- und Medienlandschaften,
 2042 die der Öffentlichkeit und dem Gemeinwohl
 2043 verpflichtet sind. Mit besserer Bildung für
 2044 alle, mit einer ökologisch ausgerichteten
 2045 Forschungspolitik, mit moderner
 2046 Regionalpolitik, einem neuen Leitbild für
 2047 den Osten und einer Weiterentwicklung der
 2048 öffentlichen Infrastrukturen werden
 2049 Weichen für die Zukunft gestellt, für die
 2050 kommenden vier Jahre und darüber hinaus.

2051

2052 **3.1. Das gesellschaftliche**
 2053 **Rückgrat – die öffentliche**
 2054 **Daseinsvorsorge**

2055 „Tatsächlich gilt: Je mehr sich der Staat aus
 2056 der Fürsorge für das Leben der normalen
 2057 Menschen zurückzieht und zulässt, dass
 2058 diese in politische Apathie versinken, desto
 2059 leichter können Wirtschaftsverbände ihn –
 2060 mehr oder minder unbemerkt – zu einem
 2061 Selbstbedienungsladen machen. In der
 2062 Unfähigkeit, dies zu erkennen, liegt die
 2063 fundamentale Naivität des
 2064 neoliberalen Denkens.“
 2065 **Colin Crouch, Postdemokratie, 2008**

2066 Den Staat zu verdammern und den Markt
 2067 als Heilsbringer zu preisen, galt jahrelang
 2068 als der Weisheit letzter Schluss.
 2069 Entsprechend haben die Regierungen
 2070 Schröder und Merkel öffentliche
 2071 Dienstleistungen erheblich gekürzt und
 2072 öffentliche Unternehmen privatisiert.
 2073 Bundesweit wurden in den vergangenen
 2074 Jahren so 150.000 Stellen gestrichen,
 2075 davon allein 50.000 Pflegestellen in
 2076 Krankenhäusern und 10.000 Stellen in der
 2077 Jugendarbeit.

2078 Hinzu kommt, dass wichtige Bereiche wie
 2079 Müllabfuhr, Wasser- und Energieversorgung
 2080 oder Nahverkehr wegen der schlechten
 2081 finanziellen Ausstattung der Kommunen
 2082 privatisiert wurden. Billiger, besser und
 2083 näher an der Kundschaft – mit diesen
 2084 Verheißungen wurden jahrelang
 2085 Stadtwerke, Krankenhäuser,
 2086 Wasserbetriebe, Müllabfuhr,
 2087 Verkehrsunternehmen und viele andere
 2088 öffentliche Dienstleistungen an private
 2089 Investoren verkauft. Hunderte Städte,
 2090 Gemeinden und Landkreise haben den
 2091 Versprechen geglaubt oder keinen anderen
 2092 Ausweg gesehen, um ihre Haushalte zu
 2093 stützen.

2094 Mittlerweile ist bekannt, was von den
 2095 Ankündigungen zu halten ist. Höhere Preise
 2096 und Gebühren, schlechterer Service,
 2097 rücksichtslose Ausnutzung von
 2098 Angebotsmonopolen, mangelhafte
 2099 Arbeitsbedingungen für die Beschäftigten,
 2100 weniger demokratische Kontrolle und
 2101 geringere Einnahmen für die kommunalen
 2102 Haushalte – das ist in vielen Orten in
 2103 Deutschland und europaweit die bittere
 2104 Realität. Dass es auch anders geht,
 2105 demonstriert eine wachsende Zahl von

2106 Kommunen. Sie nehmen wichtige Ver- und
 2107 Entsorgungsbetriebe wieder in die eigene
 2108 Verantwortung.

2109 Die Aufgaben der öffentlichen
 2110 Daseinsvorsorge sind in doppeltem Sinn
 2111 notwendig. Sie decken den elementaren
 2112 Bedarf an Dienstleistungen und
 2113 gewährleisten gleiche Rechte für alle
 2114 Bürgerinnen und Bürger. Die Basis einer
 2115 gerechten Gesellschaft, der gleiche Zugang
 2116 für alle zu den grundlegenden Gütern vom
 2117 Wasser bis zur Bildung, wird durch
 2118 Privatisierungen zerstört. Dort wo die
 2119 Daseinsvorsorge in privater Hand betrieben
 2120 wird, steht nicht mehr die Leistung für die
 2121 Menschen im Vordergrund, sondern das
 2122 Streben nach Gewinn. Einen schwachen
 2123 Staat und einen ausgedünnten öffentlichen
 2124 Sektor können sich nur die Reichen leisten.
 2125 Wer die öffentliche Daseinsvorsorge
 2126 privatisiert, schwächt die Demokratie, weil
 2127 die unterschiedliche Wahl von Personen
 2128 und Parteien dann keine Folgen für die
 2129 Daseinsvorsorge mehr hat. Wer dagegen
 2130 eine gerechte Gesellschaft will, muss einen
 2131 verlässlich und zeitgemäß ausgebauten
 2132 öffentlichen Sektor garantieren. Mit der
 2133 Vergabe öffentlicher Aufträge muss eine
 2134 Unternehmenslogik befördert werden, die
 2135 nicht einseitig gewinnorientiert ist, sondern
 2136 Dienstleistungen für unterschiedliche
 2137 Bedürfnisse in einer Stadt, einer Region
 2138 entwickelt. Sie hat sich an Kriterien des
 2139 fairen Handels, ökologischer
 2140 Nachhaltigkeit, der Stärkung von Identität
 2141 und sozialem Zusammenhalt einer Region
 2142 zu beweisen und den Beschäftigten gute
 2143 Arbeitsbedingungen und Entlohnung zu
 2144 sichern.

2145 **DIE LINKE fordert:**

- 2146 • die Privatisierung öffentlicher
- 2147 Dienstleistungen beenden: die elementare
- 2148 Daseinsvorsorge wie Gesundheitsdienste,
- 2149 Wohnungen, Bildung, Jugendhilfe, Kultur,
- 2150 Energie, Wasser, Busse, Bahnen und
- 2151 Abfallentsorgung in öffentlicher Hand
- 2152 organisieren; den öffentlichen Dienst und
- 2153 die öffentlichen Unternehmen am
- 2154 gesellschaftlichen Bedarf orientieren und in
- 2155 diesem Sinne weiter entwickeln;
- 2156 privatisierte Bereiche der Daseinsvorsorge
- 2157 rekommunalisieren;

- 2158 • den Börsengang der Bahn endgültig
- 2159 stoppen; den öffentlichen Nah- und

2160 Fernverkehr ausbauen und stärker an den
2161 Bedürfnissen aller Nutzerinnen und Nutzer
2162 ausrichten; ein flächendeckendes Angebot
2163 als Alternative zum Individualverkehr
2164 durchsetzen; Preise sozialverträglich und
2165 familienfreundlich gestalten;

2166 • den öffentlichen Sektor ausbauen und
2167 bürgerinnen- und bürgerfreundlich moder-
2168 nisieren:

2169 - die Aufgabenbereiche und die
2170 Arbeitsorganisation überprüfen; die
2171 Kommunikation mit den Bürgerinnen
2172 und Bürgern transparent und
2173 ergebnisorientiert gestalten;
2174 elektronische Informationssysteme von
2175 Software-Monopolisten unabhängig
2176 machen;

2177 - Beschäftigte umfassend weiterbilden:
2178 technologische Fertigkeiten und soziale
2179 Kompetenzen gleichermaßen stärken;

2180 - soziale Sicherheit und
2181 Mitspracherechte für die
2182 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des
2183 Öffentlichen Dienstes gewährleisten;

2184 - in einem neuen Dienstrecht das
2185 Beamtenum auf die unmittelbaren
2186 Hoheitsbereiche staatlicher Tätigkeit
2187 beschränken.

2188 **3.2. Demokratische**
2189 **Bildungsreform – Bildung für alle**
2190 **von Anfang an**

2191 „Ich habe das Gefühl, dass sich das
2192 deutsche Bildungssystem nicht darauf
2193 konzentriert, alle einzubeziehen, sondern
2194 dass es eher Trennungen schafft.“
2195 **Vernor Munoz Villalobos, 2006, UN-**
2196 **Sonderberichterstatter und**
2197 **Bildungsexperte**

2198 Das Bildungswesen in Deutschland gleicht
2199 soziale Unterschiede nicht aus. Im
2200 Gegenteil, mit der Schule werden sie noch
2201 größer. Internationale Vergleiche wie die
2202 PISA-Studie zeigen, dass
2203 Grundkompetenzen wie Lesen und
2204 Verstehen bei einem Teil der Jugendlichen
2205 nur unzureichend entwickelt sind. Die
2206 systematische Ausgrenzung von sozial
2207 Benachteiligten, Migrantinnen und

2208 Migranten, von chronisch Kranken und
2209 Menschen mit Behinderungen ist in
2210 Deutschland so extrem wie in keinem
2211 anderen europäischen Land. Die Zahl der
2212 Schulabbrecherinnen und -abbrecher
2213 steigt. Wer die Schule nicht erfolgreich
2214 absolviert, hat kaum Chancen auf einen
2215 Ausbildungsplatz.

2216 Bildung ist für DIE LINKE außerdem eine
2217 der zentralen Voraussetzungen für
2218 Selbstbestimmung und individuelle
2219 Gestaltung des Lebens sowie für ein
2220 verantwortungsvolles, solidarisches
2221 Miteinander in einer demokratischen
2222 Gesellschaft. Bildung eröffnet Wege für die
2223 persönliche Entwicklung eines Menschen
2224 und für berufliche Perspektiven. Deshalb
2225 muss Bildung allen Menschen frei und in
2226 gleichem Maße zugänglich gemacht
2227 werden.

2228 DIE LINKE kämpft für eine chancengleiche
2229 Bildung von Anfang an. Dazu gehören
2230 vielseitiges, praxisorientiertes Wissen und
2231 Können, interkultureller Austausch,
2232 Umweltbewusstsein und Sozialkompetenz,
2233 ästhetische Erfahrung, ein humanistisches
2234 Gesellschafts- und Geschichtsverständnis,
2235 Kritik- und Urteilsfähigkeit.

2236 In allen Bundesländern dominieren
2237 Schulformen, die Kinder frühzeitig
2238 abhängen. Gemeinschaftsschulen, die
2239 längeres gemeinsames Lernen und
2240 individuelle Förderung verbinden, sind
2241 immer noch die Ausnahme. Einzelne
2242 Bundesländer haben mit Studiengebühren
2243 neue soziale Barrieren eingeführt. Überdies
2244 fehlen 80.000 Fachkräfte für eine gute
2245 frühkindliche Bildung.

2246 Zu wenige junge Menschen schaffen es bis
2247 zur Hochschulreife und beginnen ein
2248 Studium, davon zu viele schließen es nicht
2249 erfolgreich ab. Der Hochschulpakt von
2250 Bund und Ländern und der Ausbildungspakt
2251 der Bundesregierung sind ungeeignet, die
2252 anstehenden Probleme in den Griff zu
2253 bekommen. Den Sonntagsreden von
2254 CDU/CSU und SPD über die
2255 zukunftssträchtige Rolle von Bildung steht
2256 eine chronische Unterfinanzierung
2257 gegenüber. An diesem strukturellen
2258 Desaster ändern
2259 Konjunkturprogrammsspritzen für die
2260 bauliche Substanzerhaltung wenig.

2261 Die eigenen Qualifikationen ein Leben lang
 2262 weiterzuentwickeln, neue Tätigkeitsfelder
 2263 zu erschließen und sich beruflich um- oder
 2264 neu orientieren zu können – für viele
 2265 Menschen bleibt all dies unerreichbar. Eine
 2266 grundlegende demokratische
 2267 Bildungsreform mit sozialer Ausrichtung ist
 2268 überfällig. Ein sozial gerechtes und
 2269 zukunftsfähiges Bildungssystem muss
 2270 durch eine Grundgesetzänderung eine
 2271 gemeinsame Aufgabe von Bund, Ländern
 2272 und Kommunen werden.

2273 Deshalb fordert die LINKE:

2274 • das Recht auf Bildung im Grundgesetz
 2275 verankern: berufliche Ausbildung und
 2276 Gemeinschaftsaufgabe Bildung in dieses
 2277 Recht einbeziehen;

2278 • einen nationalen Bildungspakt auflegen:
 2279 öffentliche Bildungsausgaben auf
 2280 mindestens sieben Prozent des
 2281 Bruttoinlandprodukts erhöhen, darin
 2282 bundesweite Förderprogramme für den
 2283 Ausbau von Gemeinschafts- und
 2284 Ganztagschulen, sozialpädagogische
 2285 Unterstützung an jeder Schule; Bund-
 2286 Länder-Programme für die Ausbildung von
 2287 mehr Lehrerinnen und Lehrern sowie von
 2288 Erzieherinnen und Erziehern einrichten;

2289 • Bildungsberufe aufwerten: Ausbildung
 2290 der Erzieherinnen und Erzieher auf
 2291 Hochschulniveau und den Master-
 2292 Abschluss für alle Lehrerinnen und Lehrer
 2293 einführen; gute Arbeitsbedingungen und
 2294 eine gerechte Entlohnung herstellen;

2295 • Bildung von Anfang an fördern: den
 2296 Rechtsanspruch auf ganztägige Betreuung
 2297 in Kitas mit hoher Betreuungsqualität
 2298 verbinden; Kita-Ausbau vorantreiben, um
 2299 den Rechtsanspruch ab dem ersten
 2300 Lebensjahr zu sichern;

2301 • Bundesweit auf längeres gemeinsames
 2302 Lernen orientieren: individuelle Förderung
 2303 verankern statt auf private Nachhilfe
 2304 setzen; die Kinder und Jugendliche mit
 2305 Behinderungen integrieren; Migrantinnen
 2306 und Migranten Chancengleichheit sichern
 2307 und Ausgrenzung beenden;

2308 • Kita- und Studiengebühren abschaffen:
 2309 die Lehr- und Lernmittelfreiheit sichern,
 2310 Schul- bzw. Prüfungsgebühren in der
 2311 beruflichen Bildung abschaffen;

2312 • Mitbestimmungsrechte in
 2313 Bildungseinrichtungen stärken:
 2314 bundesweite Vertretungen von
 2315 Schülerinnen und Schülern, Eltern und
 2316 Studierenden mit allgemeinpolitischem
 2317 Mandat anerkennen;

2318 • gute und umfassende Berufsausbildung
 2319 sichern: Schmalspurausbildungen und
 2320 Warteschleifen abschaffen, Betriebe in die
 2321 Verantwortung nehmen, Berufsausbildung
 2322 reformieren und Qualität in den Mittelpunkt
 2323 stellen; Mitbestimmungsrechte für
 2324 außerbetriebliche Auszubildende stärken;

2325 • Ausbildungsplatzumlage einführen: die
 2326 Unternehmen an der Finanzierung der
 2327 Berufsausbildung solidarisch beteiligen;

2328 • offenen Studienzugang mit einem
 2329 Hochschulzulassungsgesetz bundesweit
 2330 ermöglichen: individuelle Auswahlverfahren
 2331 abschaffen, Master als
 2332 Regelstudienabschluss verankern und
 2333 Zugangsbeschränkungen beim Übergang
 2334 vom Bachelor zum Master ausschließen;

2335 • BAföG zur elternunabhängigen,
 2336 bedarfsdeckenden und repressionsfreien
 2337 Grundsicherung ausbauen: in einem ersten
 2338 Schritt ein „Zwei-Körbe-Modell“ einführen,
 2339 welches einen einheitlichen Sockelbetrag
 2340 mit einem elternabhängigen Zuschuss
 2341 kombiniert; Schritt für Schritt
 2342 Elternunabhängigkeit ausbauen, die
 2343 Höchstdauer der Zahlung an die
 2344 durchschnittliche Studienzeit anpassen;

2345 • mit einem „Studienpakt II“ gute
 2346 Studienbedingungen sichern: die Mittel pro
 2347 Studienplatz erhöhen und sich dabei an
 2348 den realen Kosten orientieren; bessere
 2349 Betreuung im Studium; mehr Qualität und
 2350 Offenheit sowie mehr Frauenförderung
 2351 durch Regelungen zwischen Bund und
 2352 Ländern garantieren;

2353 • Weiterbildung als öffentliche Aufgabe
 2354 verankern: mit einem Weiterbildungsgesetz
 2355 den Rechtsanspruch, die Finanzierung und
 2356 Qualität von Weiterbildung sichern;
 2357 Unternehmen in die Verantwortung
 2358 nehmen und Branchenfonds bilden;
 2359 Gesetze von Bund und Ländern zu einer
 2360 Erwachsenenbildungsförderung ausbauen
 2361 und allen Menschen – unabhängig vom
 2362 Geldbeutel – lebenslanges Lernen
 2363 ermöglichen;

2364 • Kompetenzen von Migrantinnen und
 2365 Migranten wertschätzen: die im
 2366 Herkunftsland erworbenen Hochschul- und
 2367 Berufsabschlüsse, Qualifikationen,
 2368 Kompetenzen und beruflichen Erfahrungen
 2369 anerkennen.

2370 **3.3. Wissenschaft, Forschung**
 2371 **und Produktivität für eine**
 2372 **Produktions- und Lebensweise**
 2373 **von morgen**

2374 „Es liegt im Wesen von Wissen, ein
 2375 gesellschaftliches Gemeingut zu sein und im
 2376 Wesen einer Wissensgesellschaft, sich als
 2377 Kulturgesellschaft zu verstehen.“
 2378 **André Gorz**

2379 Für die Große Koalition sind Wissenschaft
 2380 und Forschung in erster Linie ein
 2381 Standortfaktor, vor allem für die
 2382 Exportwirtschaft. DIE LINKE lehnt diese
 2383 einseitige Politik ab. Neue Erkenntnisse
 2384 und Technologien müssen dem
 2385 Gemeinwohl dienen und zur Lösung
 2386 gesellschaftlicher Herausforderungen wie
 2387 der Überwindung von sozialer Ungleichheit,
 2388 der Bewältigung des Klimawandels und der
 2389 Ressourcenknappheit beitragen. Das geht
 2390 nur, wenn über Chancen und Risiken von
 2391 Innovationen transparent und mit
 2392 öffentlicher Beteiligung verhandelt wird.
 2393 Deshalb sind die Entscheidungen über die
 2394 öffentliche Forschungsförderung aus den
 2395 geschlossenen Zirkeln der Ministerien,
 2396 Kuratorien und Industriekonsortien zu
 2397 befreien. DIE LINKE steht der öffentlichen
 2398 Förderung neuer Technologien
 2399 aufgeschlossen gegenüber, wenn ihr
 2400 Nutzen nachgewiesen und die Risiken für
 2401 Menschen und Natur niedrig sind. Der
 2402 Staat trägt Verantwortung für die rechtliche
 2403 und finanzielle Absicherung einer freien
 2404 Grundlagenforschung. Das mit öffentlichen
 2405 Geldern erarbeitete Wissen muss dann
 2406 auch allen zur Verfügung stehen und darf
 2407 nicht privatisiert werden. Um im
 2408 Allgemeininteresse tätig werden zu können,
 2409 brauchen Forscherinnen und Forscher gute
 2410 Arbeitsbedingungen. Die in Deutschland
 2411 zunehmende Unsicherheit für
 2412 Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler
 2413 unterhalb der Professur muss überwunden
 2414 werden. Nicht zuletzt, um mehr Frauen den
 2415 Weg in die Wissenschaft zu ebnet.

2416 **Die LINKE fordert das Umsteuern in der**
 2417 **Forschungs- und Technologieförderung**
 2418 **zugunsten einer sozial und ökologisch**
 2419 **nachhaltigen und gemeinnützigen**
 2420 **Perspektive:**

2421 • die öffentliche Forschungsförderung auf
 2422 öffentliche und allgemeingehörorientierte
 2423 Ziele ausrichten: teure Prestigeprojekte
 2424 und Rüstungsforschung mit öffentlichen
 2425 Mitteln beenden; industriegeführte
 2426 Grundlagenforschung demokratisch
 2427 kontrollieren; einseitige Orientierung auf
 2428 milliarden schwere Förderung von
 2429 Exportbranchen aufgeben;

2430 • neue Instrumente der
 2431 Forschungsförderung entwickeln:
 2432 öffentliche und zivilgesellschaftliche
 2433 Akteure wie Unternehmen der öffentlichen
 2434 Daseinsvorsorge, kommunale
 2435 Verwaltungen oder gemeinnützige
 2436 Projektträger zu Auftraggebern für
 2437 Forschungsleistungen machen; der
 2438 Erneuerung des Personen- und
 2439 Güterverkehrs, der Energieversorgung und -
 2440 speicherung, der Gesundheits- und
 2441 Pflegeversorgung, der öffentlichen
 2442 Verwaltung sowie des Bildungssystems
 2443 Vorrang einräumen;

2444 • globale Verantwortung für die
 2445 Bekämpfung vernachlässigter Krankheiten
 2446 übernehmen: neue Wirk- und Impfstoffe
 2447 gegen Tuberkulose, Malaria und andere
 2448 Tropenkrankheiten entwickeln; in einem
 2449 ersten Schritt 10 Prozent der in der
 2450 „Pharmainitiative“ eingeplanten Mittel
 2451 dafür einsetzen;

2452 • Forschung zur Lösung globaler
 2453 Herausforderungen finanzieren: Mittel für
 2454 die Schwerpunktforschung zu Integration,
 2455 sozialer Gerechtigkeit, Demographie,
 2456 Wasser- und Energieversorgung, Folgen des
 2457 Klimawandels und ziviler Konfliktlösung
 2458 aufstocken; Kultur- und
 2459 Sozialwissenschaften verstärkt in die
 2460 Verantwortung nehmen;

2461 • ostdeutsche Forschungslandschaft
 2462 stärken: die Hochschul- und Grundlagenfor-
 2463 schung in der Substanz stärken, die
 2464 Netzwerke mit innovativen kleinen und
 2465 mittleren Unternehmen erhalten und
 2466 ausbauen;

2467 • die Arbeitsbedingungen von
 2468 Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern

2469 verbessern: Mitbestimmung und
 2470 demokratische Selbstverwaltung in den
 2471 Wissenschaftseinrichtungen der
 2472 Forschungsorganisationen und in den
 2473 Hochschulen stärken;

2474 • Frauen in der Wissenschaft stärker
 2475 fördern: die Geschlechterperspektive in alle
 2476 öffentlich geförderten Forschungsprojekte
 2477 integrieren; Geschlechter diskriminierende
 2478 Auswahlverfahren sowie unsichere und
 2479 patriarchal strukturierte Karrierewege
 2480 überwinden;

2481 • Vernetzung von Hochschulen und
 2482 außeruniversitärer Forschung unterstützen.

2483 **3.4. Gestaltung einer digitalen**
 2484 **Medienordnung für mehr**
 2485 **Demokratie**

2486 *“Hehe, dein Medium liegt im Sterben.“*
 2487 *Nelson Muntz von den Simpsons zu*
 2488 *einem Print-Journalisten, 2008*

2489 Der Zugang zu Kommunikation und
 2490 Information berührt Grundfragen
 2491 demokratischer Beteiligung. Wer moderne
 2492 Kulturtechniken nicht beherrscht oder
 2493 keinen Zugang zur digitalen Welt hat, kann
 2494 sich an einem wachsenden Teil
 2495 demokratischer Willensbildung nicht
 2496 beteiligen.

2497 Die privaten und weltweit tätigen
 2498 Telekommunikations- und Netzbetreiber
 2499 mausern sich ohne kulturellen Auftrag,
 2500 ohne öffentliche Kontrolle und Transparenz
 2501 zu Sendeanstalten von morgen und
 2502 bedrohen das gesamte duale, öffentlich-
 2503 rechtliche und private Rundfunksystem. Mit
 2504 der Digitalisierung entstehen auch neue
 2505 Möglichkeiten, das Verhalten der
 2506 Nutzerinnen und Nutzer zu steuern und
 2507 auszubeuten. Die technische Beschränkung
 2508 eines freien und gleichen
 2509 Informationsflusses im Netz nimmt zu. DIE
 2510 LINKE steht deshalb für die Schaffung einer
 2511 demokratischen Medienordnung, die die
 2512 digitale Wissensverarbeitung wieder
 2513 öffentlicher Kontrolle unterstellt. Es geht
 2514 um nicht weniger, als Programmvielfalt zu
 2515 schützen und die menschliche Kreativität
 2516 gegen fortschreitende Kommerzialisierung
 2517 zu verteidigen.

2518 Die fortschreitende Kommerzialisierung ist
 2519 zugleich von einer anhaltenden
 2520 Medienkonzentration geprägt.
 2521 Finanzinvestoren drängen in den Medien-
 2522 und Pressesektor. Ihre
 2523 Unternehmensstrategien erzeugen einen
 2524 Rentabilitätsdruck, der auch die
 2525 alteingesessenen Medienunternehmen
 2526 erfasst. Folge ist die Verflachung und
 2527 Kommerzialisierung der Berichterstattung,
 2528 Kultur und Unterhaltung.

2529 Die Regelungen des Arbeitszeitgesetzes,
 2530 des Arbeitsschutzes und ein sozial
 2531 verantwortlicher Umgang mit den
 2532 Beschäftigten sind im industriell geprägten
 2533 Teil der Kreativwirtschaft inzwischen außer
 2534 Kraft gesetzt. Feste Stellen sind die
 2535 Ausnahme. DIE LINKE tritt dafür ein, die
 2536 Interessen von allen in der Medien- und
 2537 Filmindustrie abhängig und oft prekär
 2538 Beschäftigten sicherzustellen.

2539 **DIE LINKE fordert:**

- 2540 • gute Arbeitsbedingungen für Medien-
 2541 und Filmemacher schaffen: ein “Fair Work“-
 2542 Siegel auf Spiele, Programme, Plattformen
 2543 und Online-Angebote einführen;
- 2544 • Rechte von Kreativen und Nutzerinnen
 2545 und Nutzern im Internet in einem
 2546 modernen Urheberrecht verankern: das
 2547 Recht auf Privatkopien und Kopien für
 2548 Bildungs- und Forschungszwecke langfristig
 2549 sicherstellen;
- 2550 • Kommunikations- und Medienfreiheit
 2551 gewährleisten: eine digitale demokratische
 2552 Medienordnung gestalten; den öffentlich-
 2553 rechtlichen Rundfunk reformieren,
 2554 Rundfunkräte quotieren und entsprechend
 2555 aktueller gesellschaftlicher Verhältnisse
 2556 zusammensetzen; presserechtliche
 2557 Redaktionsstatute, die einen hohen Grad
 2558 der Mitbestimmung der Beschäftigten
 2559 sichern, verankern;
- 2560 • Breitband-Internet-Anschlüsse in den
 2561 gesetzlichen Universaldienst aufnehmen:
 2562 Versorgungslücken in den ländlichen
 2563 Regionen umgehend schließen; den
 2564 Ausschluss sozial Benachteiligter aus der
 2565 digitalen Kommunikation beenden;
- 2566 • alle Informations- und Medienangebote
 2567 barrierefrei gestalten.

2568 **3.5. Kulturelle Grundlagen einer**
 2569 **dialogfähigen, gerechten**
 2570 **Gesellschaft sichern**

2571 „Welch triste Epoche, in der es leichter ist,
 2572 ein Atom zu zertrümmern, als ein Vorurteil.“
 2573 **Albert Einstein**

2574 Kulturelle Fragen sind Fragen nach der
 2575 Utopiefähigkeit einer Gesellschaft, ihrer
 2576 Geschichte, ihrem Zusammenhalt, ihren
 2577 Erzählungen. Alle Menschen stellen solche
 2578 Fragen – ob sie in existenziellen Nöten sind
 2579 oder nicht. Wo Kultur nur als
 2580 bildungsbürgerliche Zutat zum harten
 2581 Leben ihr Dasein fristet, werden
 2582 entscheidende Fragen nicht gestellt.
 2583 Öffentliche Debatten beginnen oft in
 2584 Theatern, Ausstellungsräumen, in Sub-,
 2585 Jugend- oder Protestkulturen.

2586 Mit der 2008 ratifizierten Konvention zur
 2587 kulturellen Vielfalt hat sich unser Land
 2588 gegen die schrankenlose Liberalisierung
 2589 und Verwertung kultureller
 2590 Dienstleistungen ausgesprochen. DIE
 2591 LINKE unterstützt eine umfassende
 2592 Förderung der kulturellen Infrastrukturen
 2593 unserer Gesellschaft. Dazu gehört der
 2594 Erhalt öffentlicher Räume für Soziokulturen,
 2595 Bibliotheken und Musikschulen, die
 2596 Förderung freier Szenen und kleiner und
 2597 mittlerer Unternehmen der Kul-
 2598 turwirtschaft.

2599 DIE LINKE unterstützt die Vielfalt der
 2600 Kulturen in unserem Land auch durch die
 2601 Förderung der Geschichte und
 2602 Lebensweise der seit Jahrhunderten hier
 2603 lebenden autochthonen Minderheiten, wie
 2604 der Sorben, der Sinti und Roma, der
 2605 Friesen und Dänen.

2606 Erinnerungskulturen beginnen in der
 2607 eigenen Partei. Ohne Offenheit entsteht
 2608 kein Verständnis für die Vielschichtigkeit
 2609 der politischen und kulturellen
 2610 Auseinandersetzung in Ost und West. Wir
 2611 wollen uns der differenzierten
 2612 Kulturgeschichte des früher geteilten
 2613 Landes vergewissern, ohne Scheuklappen,
 2614 ohne Denkverbote. Mit staatlich
 2615 verordneter Gedenkpolitik geht das nicht.
 2616 DIE LINKE fordert mehr Pluralismus bei der
 2617 historischen Verortung der deutschen
 2618 Gesellschaft. Das Gedenkstättenkonzept
 2619 des Bundes sollte deshalb dezentrale
 2620 Strukturen, die politische und inhaltliche

2621 Unabhängigkeit der Gedenkstätten und
 2622 deren wissenschaftliche Fundierung
 2623 befördern. Wer undifferenziert von den
 2624 beiden deutschen Diktaturen spricht,
 2625 verharmlost die Verbrechen des
 2626 Faschismus. Die kritische Aneignung der
 2627 ost- und westdeutschen
 2628 Nachkriegsgeschichte ist ohne den
 2629 geschichtlichen Kontext, der zur Macht-
 2630 übernahme der Nazis 1933 sowie zur
 2631 Spaltung Deutschlands nach 1945 führte,
 2632 nicht zu leisten.

2633 **DIE LINKE fordert unter Beachtung der**
 2634 **Empfehlungen der Enquetekommission**
 2635 **„Kultur in Deutschland“:**

2636 • das Staatsziel Kultur und die Kultur als
 2637 Gemeinschaftsaufgabe im Grundgesetz
 2638 verankern: die Kulturförderung des Bundes
 2639 und die Förderung von Kulturen der
 2640 Minderheiten dauerhaft sichern;

2641 • Theater, Orchester, Musikschulen,
 2642 Bibliotheken, Museen und Archive in
 2643 öffentlicher Trägerschaft sichern und
 2644 stärken; die Privatisierung der Kultur
 2645 stoppen;

2646 • Arbeits- und Lebensbedingungen von
 2647 freien Künstlerinnen und Künstlern verbes-
 2648 sern:

2649 - die Künstlersozialkasse erhalten;

2650 - eine Ausstellungsvergütung gesetzlich
 2651 regeln;

2652 - ein Künstlergemeinschaftsrecht
 2653 einführen: Kulturcents auf
 2654 urheberrechtlich erloschene Werke für
 2655 die Förderung junger Kunst erheben;

2656 - ein modernes Urheberrecht schaffen:
 2657 die soziale Lage von Kreativen
 2658 tatsächlich verbessern;

2659 • eine Gedenkstättenpolitik auf den Säulen
 2660 der demokratischen europäischen und ost-
 2661 und westdeutschen Kulturtraditionen
 2662 entwickeln.

2663

2664 **3.6. Ohne Gleichstellung bleibt**
2665 **die Demokratie unvollständig**

2666 *„Die größte Gefahr für die*
2667 *Gleichberechtigung ist der Mythos, wir*
2668 *hätten sie schon.“ Grete Nestor, 2006*

2669 Die Gleichstellung der Geschlechter in
2670 unserer Gesellschaft ist auf den ersten
2671 Blick paradox. Einerseits sehen wir junge
2672 Frauen, die mit besseren Noten die Schule
2673 verlassen als junge Männer. Andererseits
2674 führt dieser bildungspolitische Fortschritt
2675 nicht zu mehr Erfolg beim Zugang zur
2676 Ausbildung und in der Erwerbsarbeit.
2677 Spätestens mit der Geburt des ersten Kin-
2678 des gibt es den Karriereknick. Die
2679 durchschnittlichen Frauenlöhne sind immer
2680 noch um rund ein Viertel niedriger als die
2681 der Männer.

2682 Die Regierung hat in den vergangenen
2683 Jahren keine Anstrengungen unternommen,
2684 die Situation zu verbessern. In vielen
2685 Bereichen hat sich die Lebenssituation von
2686 Frauen sogar verschlechtert. So haben die
2687 Ausweitung des Niedriglohnssektors und die
2688 Bedarfsgemeinschaften bei Hartz IV
2689 finanzielle Abhängigkeiten in
2690 Partnerschaften weiter verschärft und das
2691 Recht von Frauen auf eigenständige
2692 Existenzsicherung untergraben.

2693 Das Grundgesetz verpflichtet den Staat, die
2694 tatsächliche Gleichberechtigung von
2695 Frauen und Männern zu fördern. DIE LINKE
2696 setzt sich dafür ein, diese Verpflichtung
2697 endlich zu verwirklichen! Wir beschränken
2698 uns nicht darauf, Zugangsbarrieren zu
2699 beseitigen und für alle scheinbar „gleiche“
2700 Startbedingungen zu schaffen. Wir fordern
2701 gezielte Maßnahmen, um systematischen
2702 Benachteiligungen aktiv entgegen zu
2703 wirken. Zum Beispiel mit einem wirksamen
2704 Gleichstellungsgesetz für die private
2705 Wirtschaft. Unser Ziel ist, dass Frauen
2706 selbst bestimmt ihr Leben gestalten
2707 können. Männer und Frauen müssen
2708 gleichermaßen in allen Bereichen des
2709 menschlichen Daseins tätig sein können.

2710 Für diese gleichberechtigte Teilhabe
2711 brauchen Frauen ökonomische
2712 Unabhängigkeit. Geschlechtergerechtigkeit
2713 ist von sozialer Gerechtigkeit nicht zu
2714 trennen. Es geht um eine Gesellschaft, die
2715 für Frauen und Männer gleichermaßen
2716 gerechter werden muss. Wer eine

2717 menschliche Gesellschaft will, muss die
2718 männliche überwinden.

2719 Dazu gehört auch, die sexuelle Vielfalt in
2720 der Gesellschaft und die
2721 Gleichberechtigung unterschiedlicher
2722 Lebensentwürfe zu akzeptieren. Lesben,
2723 Schwulen, Transsexuellen und
2724 Transgendern werden elementare Rechte
2725 verwehrt. Die eingetragene Partnerschaft
2726 besitzt deutlich weniger Rechte als die
2727 heterosexuelle Ehe. Im Einkommens-,
2728 Einkommenssteuer-, Erbschafts- und
2729 Adoptionsrecht werden Menschen
2730 aufgrund ihrer sexuellen Orientierung
2731 diskriminiert. Die Gleichstellung muss hier
2732 rechtlich vollzogen werden.

2733 **DIE LINKE fordert:**

2734 • Gleichstellung von Frauen und Männern
2735 in allen gesellschaftlichen Bereichen
2736 durchsetzen: Geschlechterverhältnisse in
2737 allen Politikbereichen systematisch berück-
2738 sichtigen; alle Maßnahmen hinsichtlich
2739 ihrer Wirkung auf die Gleichstellung von
2740 Frauen und Männern überprüfen;
2741 Frauenpolitik als eigenständiges Politikfeld
2742 sichern;

2743 • das Bundesgleichstellungsgesetz und das
2744 Bundesgremiengesetz konsequent um-
2745 setzen und verbessern;

2746 • Gleichstellungsgesetz für die private
2747 Wirtschaft einführen: Betriebe solange zur
2748 Förderung der Gleichstellung von Frauen
2749 und der Vereinbarkeit von Beruf und
2750 Familie verpflichten, bis der
2751 Durchschnittsverdienst von Frauen und
2752 Männern gleich ist und Frauen in allen
2753 Entgeltgruppen zur Hälfte vertreten sind;

2754 • staatliche Subvention des überholten
2755 Familienmodells beenden: dem Modell mit
2756 einem Mann als Ernährer und der Frau
2757 bestenfalls als Zuverdienerin die einseitige
2758 gesetzliche Förderung entziehen;

2759 • aktive Anti-Diskriminierungspolitik
2760 ermöglichen: im Allgemeinen
2761 Gleichbehandlungsgesetz ein echtes
2762 Verbandsklagerecht verankern;
2763 unabhängige Arbeit der Antidiskrimi-
2764 nierungsstelle des Bundes ermöglichen,
2765 diese vom Bundesministerium für Familie,
2766 Senioren, Frauen und Jugend abkoppeln
2767 und mit verbindlichen Rechten ausstatten;

2768 • eingetragene Lebenspartnerschaften
 2769 rechtlich gleichstellen: individuelle
 2770 Veranlagung aller Steuerpflichtigen
 2771 unabhängig von ihrer Lebensweise
 2772 einführen, Adoptions- und Beamtenrecht
 2773 reformieren.

2774 **4. Demokratie und Grundrechte**
 2775 **schützen**

2776 „Demokratie heißt nicht, dass die Mehrheit
 2777 Recht hat. Die Mehrheit hat das Recht
 2778 zu regieren.“ **Umberto Eco**

2779 Das friedliche, tolerante Zusammenleben in
 2780 einer demokratischen Gesellschaft ist kein
 2781 selbstverständliches Gut. Seine Grundlagen
 2782 müssen immer wieder erneuert werden.

2783 Die Gewährleistung der öffentlichen
 2784 Sicherheit, der Schutz der Bürgerinnen und
 2785 Bürger vor körperlicher Gewalt und
 2786 kriminellen Taten und Bedrohungen zählen
 2787 zu den zentralen Funktionen eines
 2788 demokratischen Rechtsstaates. Die
 2789 Garantie der Grundrechte im alltäglichen
 2790 Leben und der Schutz der Bürgerrechte vor
 2791 ungerechtfertigten Eingriffen des Staates
 2792 verhindern den Marsch in den
 2793 allumfassenden Überwachungsstaat. Es ist
 2794 Aufgabe des Staates, die Würde eines
 2795 jeden einzelnen vor An- und Übergriffen
 2796 anderer zu schützen, ohne selbst Würde
 2797 und Grundrechte der Bürgerinnen und
 2798 Bürger zu verletzen.

2799 Das Vertrauen in die Regeln einer
 2800 demokratischen Gesellschaft lebt von der
 2801 Erfahrung, dass diese Regeln für alle
 2802 gelten, für den Erwerbslosen genauso wie
 2803 für den Bankvorstand oder die Milliardärin
 2804 im Pelzmantel. Die praktisch erfahrbare
 2805 Gleichheit vor dem Gesetz und durch das
 2806 Gesetz zählt zu den wichtigsten
 2807 Grundgütern einer demokratischen
 2808 Gesellschaft. Die demokratische Gleichheit
 2809 ist im Alltag immer dann bedroht, wenn
 2810 wirtschaftliche Größe in politischen Einfluss
 2811 und sozialen Druck umgemünzt wird.
 2812 Sonderrechte für große Unternehmen und
 2813 Banken sind wie ein schleichendes
 2814 Nervengift für eine demokratische
 2815 Gesellschaft. So produziert die
 2816 herrschende Politik Wut, Ohnmacht, Zorn.

2817 DIE LINKE steht für eine demokratische
 2818 und soziale Rechts- und Innenpolitik. Wir
 2819 nehmen die berechtigten
 2820 Schutzbedürfnisse der Bürgerinnen und
 2821 Bürger ernst. Das bedeutet: Gewalt ächten
 2822 und Übergriffe auf Leben und persönliches
 2823 Eigentum verfolgen, ohne dabei die
 2824 Schranken zu überschreiten, die die Grund-
 2825 und Bürgerrechte dem Staat setzen. DIE
 2826 LINKE bekämpft eine konservative
 2827 Sicherheitspolitik, die einseitig die Polizei
 2828 aufrüstet und immer neue Strafvorschriften
 2829 schafft.

2830 **4.1. Rechtsstaat und Sozialstaat**
 2831 **– Alternativen zum**
 2832 **Sicherheitsstaat**

2833 „Die Würde des Menschen ist unantastbar.
 2834 Sie zu achten und zu schützen ist Ver-
 2835 pflichtung aller staatlichen Gewalt.“

2836 “Vor dem Gesetz sind alle Menschen
 2837 gleich.”

2838 *Grundgesetz*

2839 Das Grundgesetz bestimmt Deutschland
 2840 als demokratischen und sozialen
 2841 Rechtsstaat. Die Unantastbarkeit der
 2842 Würde des Menschen soll oberstes Gebot
 2843 jeden staatlichen Handelns sein. Der
 2844 Gebrauch des Eigentums soll auch dem
 2845 Allgemeinwohl verpflichtet sein. Der Staat
 2846 ist gefordert, zum sozialen Ausgleich und
 2847 zu sozialer Gerechtigkeit aktiv beizutragen.
 2848 Die Wirklichkeit entspricht diesen Geboten
 2849 vielfach nicht: So wird Erwerbslosen im
 2850 Hartz-IV-Bezug die elementare
 2851 sozialstaatliche Freiheit vorenthalten,
 2852 Arbeiten unterhalb bestimmter sozialer
 2853 Standards ohne existentielle Folgen
 2854 abzulehnen, das Anwachsen von
 2855 Kinderarmut und –verwahrlosung geduldet
 2856 und Wohnungslosigkeit hingenommen

2857 DIE LINKE vertritt die Auffassung, dass das
 2858 Sozialstaatsgebot im Grundgesetz
 2859 geschärft werden muss. Es geht nicht
 2860 darum, den Sozialstaat für jeden Missstand
 2861 oder jedes Unglück in die Pflicht zu
 2862 nehmen. Es geht darum, staatliches
 2863 Handeln ausdrücklich darauf zu ver-
 2864 pflichten, aktiv gegen soziale Ausgrenzung,
 2865 Ungerechtigkeit, Arbeits- und
 2866 Wohnungslosigkeit vorzugehen.

2867 **DIE LINKE fordert:**

2868 • das Sozialstaatsgebot im Grundgesetz
 2869 konkretisieren: soziale Grundrechte wie
 2870 das Recht auf Arbeit, Wohnung, Erholung,
 2871 Bildung, Gesundheit und soziale Sicherheit
 2872 verfassungsrechtlich verankern;

2873 • einen sozial gerechten Zugang zu
 2874 gerichtlichem und außergerichtlichem
 2875 Rechtsschutz für alle sichern: eine effektive
 2876 Rechtsverfolgung durch ein sozial
 2877 gerechtes Verfahrensrecht gewährleisten;
 2878 durch Prozess- und Gerichtskosten
 2879 Einkommensschwache nicht vom
 2880 Rechtsweg ausschließen; Prozesskosten-
 2881 und Beratungshilfe ausbauen;

2882 • den Abbau von Rechtsmitteln
 2883 (Widersprüchen, Berufungen) in
 2884 Verwaltungs- und Gerichtsverfahren
 2885 verhindern;

2886 • den Gerichtssaal in Strafverfahren nicht
 2887 zu einem Basar verkommen lassen: die
 2888 Schuld des Angeklagten durch ein
 2889 rechtsstaatliches Verfahren nachweisen;
 2890 vor Gericht alle gleich behandeln; die
 2891 chronische Unterfinanzierung von
 2892 Gerichten beenden; Geldstrafen für
 2893 Vermögende angemessen erhöhen;

2894 • das Prinzip der Resozialisierung im
 2895 Strafrecht durchsetzen, lebenslange
 2896 Freiheitsstrafe abschaffen;

2897 • das politische Sonderstrafrecht (§ 129a,
 2898 § 129b StGB) abschaffen.

2899 **4.2. Schutz vor geschlechts-**
 2900 **spezifischer Gewalt**

2901 *„Gewalt gegen Frauen ist Ausdruck der*
 2902 *historisch ungleichen Machtverhältnisse*
 2903 *zwischen Männern und Frauen, die dazu*
 2904 *geführt haben, daß die Frau vom Mann*
 2905 *dominiert und diskriminiert und daran*
 2906 *gehindert wird, sich voll zu entfalten.“*
 2907 **Aktionsplattform der Vierten**
 2908 **Weltfrauenkonferenz in Peking 1995**

2909 Wie Sexualität gelebt wird, wer wen und
 2910 wie liebt, geht den Staat nichts an. Diese
 2911 Freiheit zu schützen, zählt vielmehr zu den
 2912 Aufgaben des Staates. Das Recht auf
 2913 körperliche Unversehrtheit und das
 2914 Selbstbestimmungsrecht über den eigenen

2915 Körper gehören untrennbar zusammen. Das
 2916 Selbstbestimmungsrecht wird
 2917 eingeschränkt, wenn eine Frau nicht frei
 2918 über eine Schwangerschaft entscheiden
 2919 kann. DIE LINKE meint: Jede Frau hat das
 2920 Recht, allein und ohne staatliche
 2921 Bevormundung oder Strafandrohung über
 2922 ihre Schwangerschaft zu entscheiden.

2923 In allen Ländern der Welt, in allen sozialen
 2924 Schichten, quer über kulturelle und
 2925 religiöse Grenzen hinweg, wird die
 2926 körperliche und seelische Unversehrtheit
 2927 von Frauen und Mädchen verletzt. Auch in
 2928 Deutschland erleben zwei von fünf Frauen
 2929 in ihrem Leben sexuelle oder körperliche
 2930 Gewalt. Jede vierte Frau wird hierzulande
 2931 mindestens einmal in ihrem Leben von
 2932 ihrem Partner misshandelt.

2933 Gewalt gegen Frauen und Mädchen ist
 2934 keine „Privatsache“. Es muss eine
 2935 gesellschaftliche Aufgabe sein, jegliche
 2936 Form der Gewalt gegen Frauen und
 2937 Mädchen zu ächten und deren körperliche
 2938 und seelische Unversehrtheit zu schützen.
 2939 Dennoch behandelt die Regierungs-
 2940 koalition den Kampf gegen Gewalt an
 2941 Frauen und Mädchen als nachrangiges
 2942 „Frauthema“, nicht als Aufgabe der
 2943 Innenpolitik.

2944 Die finanzielle Situation von Frauenhäusern
 2945 wurde dramatisch verschlechtert;
 2946 besonders in ländlichen Gebieten existieren
 2947 zu wenig Schutz- und Hilfseinrichtungen.
 2948 DIE LINKE setzt

2949 sich dafür ein, dass jede Frau unabhängig
 2950 von ihrem Einkommen, ihrem Wohnort und
 2951 ihrem Aufenthaltsstatus unbürokratisch
 2952 Zuflucht und Hilfe bekommt. Diese 30
 2953 Jahre alte Forderung ist heute noch
 2954 dringlicher als zuvor.

2955 **DIE LINKE fordert:**

2956 • Strafbarkeit von
 2957 Schwangerschaftsabbrüchen abschaffen:
 2958 §§ 218, 219 Strafgesetzbuch streichen;
 2959 jede Frau hat das Recht, zu entscheiden,
 2960 ob sie eine Schwangerschaft austrägt;

2961 • Selbstbestimmungsrecht von inter- und
 2962 transsexuellen Menschen ohne Ein-
 2963 schränkung sichern: Personenstandsgesetz
 2964 und das Vornamensrecht in diesem Sinne
 2965 ändern; fremdbestimmte operative Eingriffe
 2966 bei Intersexuellen unterbinden;

2967 • häusliche Gewalt entschieden
 2968 bekämpfen: das Gewaltschutzgesetz
 2969 weiterentwickeln; Informationspflicht des
 2970 Zivilgerichts gegenüber der Polizei und
 2971 Staatsanwaltschaft verankern; Wirksamkeit
 2972 von Sanktionen gegen Gewalttäter prüfen;

2973 • Frauenhäuser bundeseinheitlich und
 2974 bedarfsgerecht finanzieren: offenen Zugang
 2975 zu Frauenhäusern und Schutzeinrichtungen
 2976 für alle Frauen unabhängig von sozialer
 2977 Herkunft oder Aufenthaltsstatus
 2978 garantieren, Kosten für den Aufenthalt der
 2979 Kinder einschließen, Lebensunterhalt
 2980 sichern und Unterhaltsansprüche von
 2981 geflüchteten Frauen gegenüber Partnern
 2982 auf den Staat übertragen;

2983 • Zukunftschancen für von Gewalt
 2984 betroffene Frauen ermöglichen: durch Aus-
 2985 und Weiterbildung, soziale Sicherung oder
 2986 Vermittlungsunterstützung für Existenz
 2987 sichernde Erwerbsarbeit Eigenständigkeit
 2988 fördern;

2989 • wirksamen Schutz vor
 2990 Zwangsverheiratungen schaffen: ein
 2991 eigenständiges Aufenthaltsrecht ab dem
 2992 ersten Tag der Ehe und Rückkehrrecht für
 2993 ins Ausland zwangsverschleppte Frauen
 2994 einführen; die diskriminierenden Deutsch-
 2995 Tests für einreisewillige Ehegatten wieder
 2996 abschaffen;

2997 • den Opferschutz beim Menschenhandel
 2998 an erste Stelle setzen: Aufenthalts- und so-
 2999 ziale Rechte der Opfer von
 3000 Menschenhandel und Zwangsprostitution
 3001 stärken; Opferschutz nicht an die
 3002 Aussagebereitschaft der Frauen koppeln.

3003 4.3. Die Bürgerrechte schützen

3004 „Wer Freiheit aufgibt, um Sicherheit zu
 3005 gewinnen, wird beides verlieren.“
 3006 **Benjamin Franklin**

3007 Terrorismus, organisierte Kriminalität und
 3008 Gewaltverbrechen sind ernste
 3009 Bedrohungen für das friedliche
 3010 Zusammenleben. Sie schaffen ein Klima
 3011 der Angst, fördern Misstrauen und lähmen
 3012 gesellschaftliche Aktivität. Sie müssen
 3013 wirkungsvoll verfolgt und bestraft werden.
 3014 Polizei und Justiz müssen gut ausgebildet
 3015 und modern ausgerüstet sein. Für die

3016 erfolgreiche Bekämpfung von Kriminalität
 3017 reichen die bestehenden Gesetze aus.

3018 Die Bekämpfung von Terrorismus und
 3019 Kriminalität verfehlt ihr Ziel, wenn sie sich
 3020 im Namen der „Inneren Sicherheit“ über
 3021 Verfassungsgrundsätze und Bürgerrechte
 3022 hinweg setzt. „Innere Sicherheit“ auf
 3023 Kosten von Rechtsstaatlichkeit,
 3024 Verhältnismäßigkeit und Freiheitsrechten
 3025 ist kein Erfolg, auf den eine Demokratie
 3026 stolz sein kann.

3027 Wenn dem Staat als oberstem Schutzherrn
 3028 der Bürgerrechte die
 3029 Vorratsdatenspeicherung oder die online-
 3030 Durchsuchung recht sind, dann ist offenbar
 3031 bestimmten Unternehmen wie Lidl,
 3032 Telekom oder Deutsche Bahn die
 3033 Überwachung des Personals billig. Der
 3034 Wert von Grund- und Bürgerrechten
 3035 bemisst sich aber gerade daran, was sie im
 3036 Alltag Wert sind.

3037 Die Trennung von Militär und Polizei, von
 3038 geheimdienstlicher und polizeilicher
 3039 Tätigkeit ist für uns unaufgebbare
 3040 Grundregel eines demokratischen
 3041 Staatsaufbaus. Diese Trennung ist ebenso
 3042 eine Lehre aus unserer Geschichte wie die
 3043 Ablehnung einer zentralisierten
 3044 Sicherheitsbehörde und des Einsatzes der
 3045 Bundeswehr im Inneren für polizeiliche
 3046 Aufgaben.

3047 DIE LINKE fordert:

3048 • Polizei und Geheimdienste wieder
 3049 schärfer trennen: wachsende
 3050 Geheimbereiche der Polizei und
 3051 unkontrollierbare Kooperationsgremien
 3052 einschränken und auflösen; Ausbau des
 3053 Bundeskriminalamtes zu einer
 3054 zentralisierten Polizei stoppen;
 3055 Geheimdienste, insbesondere den
 3056 Verfassungsschutz, überflüssig machen;

3057 • Datenschutz und Datenschutzrecht
 3058 modernisieren: Großprojekte, von Gesund-
 3059 heitskarte über biometrische Ausweise bis
 3060 zu elektronischen Identitätskarten und ein-
 3061 heitlicher Steuernummer, überprüfen und
 3062 nach strengen datenschutzrechtlichen
 3063 Kriterien korrigieren; wirksamen
 3064 Arbeitnehmerdatenschutz schaffen;

3065 • das Recht auf informationelle
 3066 Selbstbestimmung der informierten
 3067 Bürgerinnen und Bürger verteidigen: die

3068 Vorratsdatenspeicherung beenden; auf
 3069 Online-Durchsuchungen verzichten,
 3070 verdeckte Ermittlungsmethoden wie Video-,
 3071 Späh- und Lauschangriffe und
 3072 Rasterfahndung abbauen;

3073 • Einsatz der Bundeswehr als „Hilfspolizei“
 3074 im Inneren verbieten.

3075 Legale Drogen wie Alkohol und Zigaretten
 3076 sind allgegenwärtig. Verbotene Drogen
 3077 werden trotz Verbot gehandelt und
 3078 konsumiert. Ihr Missbrauch kann zu
 3079 schwerwiegenden gesundheitlichen
 3080 Schäden und menschlichen Tragödien
 3081 führen. Dabei sagt die Einteilung in legale
 3082 und illegale Drogen nichts über deren
 3083 Gefährlichkeit aus.

3084 Abhängige sind nicht kriminell, sondern
 3085 krank! Es müssen ausreichende Mittel für
 3086 präventive und therapeutische Angebote
 3087 bereitgestellt werden. DIE LINKE setzt sich
 3088 für eine humane und rationale
 3089 Drogenpolitik ein. Der Drogenkonsum muss
 3090 entkriminalisiert werden, auch damit den
 3091 Abhängigen frühzeitig bestmöglich
 3092 geholfen werden kann.

3093 **DIE LINKE fordert:**

3094 • Drogenprävention finanziell und
 3095 personell verstärken;

3096 • Drogenkonsum und -abhängigkeit
 3097 entkriminalisieren: ausreichende und
 3098 bedarfsorientierte psychosoziale Begleitung
 3099 und Betreuung von
 3100 Rauschmittelabhängigen auf freiwilliger
 3101 Behandlungsgrundlage schaffen; öffentlich
 3102 und medizinisch betreute Fixerstuben
 3103 einrichten; den derzeitig völlig „freien“
 3104 Drogenmarkt durch ein Abgabemodell für
 3105 Cannabis regeln; Besitz, Erwerb, Anbau und
 3106 Handel unter Berücksichtigung des Jugend-
 3107 schutzes legalisieren; Cannabis als
 3108 Arzneimittel bei entsprechender Indikation
 3109 zulassen;

3110 • Therapieangebote ausbauen: die
 3111 kontrollierte Regelversorgung von
 3112 „Schwerstabhängigen“ mit Heroin und
 3113 Ersatzstoffen ermöglichen.

3114

3115 **4.4. Die Humanität einer**
 3116 **Gesellschaft misst sich an ihrem**
 3117 **Umgang mit Menschen in Not**

3118 „Daß es so etwas gibt wie ein Recht, Rechte
 3119 zu haben, wissen wir erst, seitdem Millionen
 3120 Menschen aufgetaucht sind, die dieses
 3121 Recht verloren haben und zufolge der neuen
 3122 globalen Organisation der Welt nicht
 3123 imstande sind, es wiederzugewinnen.“
 3124 **Hannah Arendt**

3125 Menschen in existentieller Not brauchen
 3126 Hilfe. Ihnen Hilfe zu leisten, ist ein
 3127 humanitäres Gebot: Die Grenzen offen für
 3128 Menschen in Not! Wer ihnen Hilfe
 3129 verweigert, verstößt gegen ein elementares
 3130 Gebot der Menschlichkeit. Wer aus
 3131 politischen, rassischen oder geschlechts-
 3132 spezifischen Gründen verfolgt wird, wer um
 3133 seine körperliche Unversehrtheit oder gar
 3134 um sein Leben fürchten muss und sich auf
 3135 der Flucht befindet, darf nicht abgewiesen
 3136 werden. Aus diesen guten Gründen wurde
 3137 im Grundgesetz das Grundrecht auf
 3138 politisches Asyl geschaffen.

3139 Durch den Asylkompromiss aus dem Jahre
 3140 1992 und die anschließende
 3141 „Harmonisierung der EU-Asylpolitik“ wurde
 3142 dieses Grundrecht seiner Substanz
 3143 beraubt. Die Grenzen der EU werden zu
 3144 Hochsicherheitsgrenzen gegen Flüchtlinge
 3145 ausgebaut. Folglich erreichen immer
 3146 weniger Flüchtlinge überhaupt
 3147 Deutschland. Wem das gelingt, untersteht
 3148 dem diskriminierenden
 3149 Asylbewerberleistungsgesetz
 3150 (Wohnheimunterbringung, Sachleistungen),
 3151 darf nicht selbst durch Erwerbsarbeit für
 3152 seinen Lebensunterhalt aufkommen
 3153 (Arbeitsverbot) und sich nicht außerhalb
 3154 des zugewiesenen Wohnortes bewegen
 3155 (Residenzpflicht).

3156 Wer nach einem zermürenden
 3157 Anerkennungsverfahren politisches Asyl
 3158 erhält, sieht sich immer häufiger Asyl-
 3159 Widerrufsverfahren ausgesetzt, wenn die
 3160 Behörden der Ansicht sind, die Lage im
 3161 Herkunftsland habe sich geändert. DIE
 3162 LINKE tritt für eine humane Asylpolitik ein.

3163 **DIE LINKE fordert:**

3164 • Das Asylrecht im Grundgesetz
 3165 substantiell wiederherstellen; die Genfer
 3166 Flüchtlingskonvention und die Europäische

3167 Menschenrechtskonvention
 3168 uneingeschränkt gelten lassen und die UN-
 3169 Kinderrechtskonvention vollständig
 3170 umsetzen;

3171 • geschlechtsspezifische Fluchtursachen
 3172 als Asylgrund umfassend anerkennen:
 3173 Frauen, die in ihrem Herkunftsland von
 3174 geschlechtsspezifischer Gewalt – wie zum
 3175 Beispiel weiblicher Genitalverstümmelung –
 3176 bedroht sind, vor Abschiebung schützen;

3177 • Flucht vor bürgerkriegsähnlichen,
 3178 nichtstaatlichen Auseinandersetzungen, vor
 3179 Milizen und Warlords als Grund für
 3180 bleibendes Asyl anerkennen;

3181 • Asylgewährung nicht widerrufen:
 3182 anerkannte Flüchtlinge als
 3183 gleichberechtigte Bürgerinnen und Bürger
 3184 behandeln; Zugang zu
 3185 Integrationsmaßnahmen sicherstellen;
 3186 Leitstellen gegen Diskriminierung und
 3187 Rassismus in allen Bundesländern
 3188 einrichten;

3189 • benachteiligende Regelungen und
 3190 Gesetze aufheben: Kettenduldungen
 3191 beenden; Asylbewerberleistungsgesetz
 3192 und Residenzpflicht abschaffen;

3193 • für Hunderttausende „Illegale“
 3194 elementare Menschenrechte wie die
 3195 Behandlung von Erkrankungen sichern;
 3196 behördliche Meldepflichten aussetzen;
 3197 Perspektiven eines legalen Aufenthalts
 3198 schaffen;

3199 • länger hier lebenden Menschen –
 3200 unabhängig von ihrem ausländerrechtlichen
 3201 Status – ein gesichertes Bleiberecht
 3202 gewähren;

3203 • die UN-Kinderrechtskonvention
 3204 umsetzen: für minderjährige Flüchtlinge
 3205 das Ausländer- und Asylrecht entsprechend
 3206 anpassen;

3207 • Abschiebehaft mit ihren unmenschlichen
 3208 Bedingungen beenden;

3209 • auf europäischer Ebene eine
 3210 menschenrechtlich fundierte Asylpolitik
 3211 durchsetzen: die Grenzschutzagentur
 3212 FRONTEX abschaffen; die unfreiwillige
 3213 Verschiebung von Flüchtlingen nach dem
 3214 ungerechten Zuständigkeitsprinzip (Dublin
 3215 II-Verordnung) verbieten, faire
 3216 Asylverfahren sichern, Sammellager

3217 abschaffen sowie geschlechtsspezifische
 3218 und nichtstaatliche Verfolgung als
 3219 Asylgrund anerkennen.

3220 **4.5. Den Feinden der Demokratie** 3221 **entschieden entgegen treten**

3222 „*Faschismus ist keine Meinung, sondern ein*
 3223 *Verbrechen.*“ **Deutsche Geschichte**

3224 Eine demokratische Gesellschaft gründet
 3225 auf dem gegenseitigen Versprechen aller
 3226 Gesellschaftsmitglieder, sich als Gleiche zu
 3227 achten und zu respektieren. Ohne die
 3228 wechselseitige Anerkennung als
 3229 Bürgerinnen und Bürger mit den gleichen
 3230 demokratischen Rechten, unabhängig von
 3231 Hautfarbe, Geschlecht oder Herkunft,
 3232 haben weder soziale Gerechtigkeit noch
 3233 Demokratie Bestand. Fremdenhass,
 3234 Faschismus, Antisemitismus, Rassismus
 3235 und Homophobie richten sich gegen die
 3236 Fundamente einer demokratischen
 3237 Gesellschaft. Sie leugnen das Prinzip
 3238 demokratischer Gleichheit und propagieren
 3239 Lösungen auf Kosten von Schwächeren und
 3240 Minderheiten. Ihr Leitsatz lautet, dass der
 3241 Stärkere sich durchsetzen soll, im Alltag
 3242 wie in der Politik.

3243 Rechtsextreme Haltungen entstehen immer
 3244 wieder neu aus den sozialen Konflikten der
 3245 Gegenwart, aus der sozialen Spaltung der
 3246 deutschen Gesellschaft und der ungelösten
 3247 sozialen Frage. Der Aufschwung
 3248 rechtsextremer Parteien und die
 3249 Verbreitung rechtsextremer Ideen dürfen
 3250 nicht verharmlost oder gar als
 3251 verständliche Reaktion auf
 3252 gesellschaftliche Probleme gerechtfertigt
 3253 werden.

3254 **DIE LINKE fordert:**

3255 • rechtsextreme Gewalt ächten, staatlich
 3256 verfolgen und konsequent ahnden:
 3257 bürgerschaftliches Engagement gegen
 3258 rechtsextreme Gewalt anerkennen und
 3259 fördern; die Aktivitäten gegen
 3260 Rechtsextremismus, Rassismus und
 3261 Antisemitismus der Bundesministerien und
 3262 von Bund und Ländern durch eine
 3263 „Beauftragte des Deutschen Bundestages
 3264 für Demokratie und Toleranz“ koordinieren;

3265 • eine unabhängige Beobachtungsstelle
 3266 Rechtsextremismus, Rassismus und Anti-
 3267 semitismus einrichten: die Beobachtung
 3268 von NPD und Nazistrukturen nicht nur dem
 3269 Verfassungsschutz überlassen; mobile
 3270 Beratungsteams, Exit-Angebote und andere
 3271 öffentliche Projekte und Initiativen gegen
 3272 Rechtsextremismus, Rassismus und
 3273 Antisemitismus stärken und finanziell
 3274 absichern; entsprechende Bildungsarbeit in
 3275 Schule, Ausbildung und Politik fördern;

3276 • NPD verbieten und die gesellschaftliche
 3277 Auseinandersetzung mit dem Rechtsex-
 3278 tremismus offensiv führen: die V-Leute der
 3279 Verfassungsschutzämter innerhalb der NPD
 3280 abziehen; keine Parteien, die das
 3281 Lebensrecht anderer bestreiten,
 3282 nationalsozialistisches Gedankengut
 3283 wiederbeleben und die Demokratie
 3284 abschaffen wollen, tolerieren und deshalb
 3285 ein Verbotsverfahren vor dem
 3286 Bundesverfassungsgericht einleiten.

3287 **4.6. Mehr auf die Bürgerin und**
 3288 **den Bürger setzen**

3289 „Wir vereinigen in uns die Sorge um unser
 3290 Haus und zugleich um unsere Stadt, und den
 3291 verschiedenen Tätigkeiten zugewandt, ist
 3292 doch auch in staatlichen Dingen keiner ohne
 3293 Urteil.“ **Thukydides**

3294 Freiwilliges bürgerschaftliches Engagement
 3295 bereichert das gesellschaftliche Leben.
 3296 Darin spiegeln sich die Fähigkeiten und der
 3297 Mut der Bürgerinnen und Bürger, ihre
 3298 Angelegenheiten selbst in die Hand zu
 3299 nehmen. Eine demokratische Gesellschaft
 3300 lebt von diesem Engagement. DIE LINKE
 3301 tritt für eine umfassende Förderung des
 3302 bürgerschaftlichen Engagements ein.
 3303 Freiwillige ehrenamtliche Arbeit darf nicht
 3304 als Lückenbüßer für einen Abbau des
 3305 Sozialstaates missbraucht werden. Sie darf
 3306 auch nicht nur eine Sache derer sein, die
 3307 es sich leisten können. Für Erwerbslose
 3308 und Geringverdienende, ältere Menschen
 3309 und Menschen mit Behinderungen müssen
 3310 die gleichen Teilhabemöglichkeiten
 3311 gesichert werden.

3312 Freiwilligenarbeit, Selbsthilfe und Ehrenamt
 3313 müssen in Staat und Gesellschaft einen
 3314 höheren Stellenwert bekommen. Gerade
 3315 weil Bürgerengagement nicht auf

3316 materiellen Gewinn gerichtet ist, muss es
 3317 durch eine wirksame Anerkennungskultur
 3318 gewürdigt werden. Gute Rahmen-
 3319 bedingungen für das bürgerschaftliche
 3320 Engagement schaffen die Grundlage für
 3321 den Erhalt und den Ausbau von sozialer
 3322 und demokratischer Teilhabe. Das
 3323 Engagement für Gesellschaft, Familie und
 3324 Erwerbsleben sowie Zeit für sich selbst
 3325 müssen besser miteinander vereinbar
 3326 werden. Das bürgerschaftliche Engagement
 3327 von Migrantinnen und Migranten ist als
 3328 besonderer Integrationsfaktor
 3329 herauszustellen. Sie sind mit konkreten
 3330 Projekten zu unterstützen.

3331 **DIE LINKE fordert:**

3332 • rechtliche, finanzielle,
 3333 versicherungstechnische und
 3334 infrastrukturelle Rahmenbedingungen für
 3335 die ehrenamtliche Arbeit verbessern;

3336 • Aufwendungen für bürgerschaftliches
 3337 Engagement bzw. pauschale Aufwandsent-
 3338 schädigung als direkte Zuwendung
 3339 erstatten und nicht auf staatliche
 3340 Leistungen anrechnen;

3341 • Möglichkeiten zum Erproben und zur
 3342 kostenlosen Fortbildung der Freiwilligen in
 3343 unterschiedlichen Engagementfeldern
 3344 fördern.

3345 Verbraucherschutz gegen
 3346 Produzentenmacht stärken. Bürgerinnen
 3347 und Bürger sind nicht machtlos. Sie können
 3348 ihre Kaufkraft bewusst einsetzen und
 3349 beispielsweise keine Waren mit
 3350 gesundheitsschädlichen Inhaltsstoffen
 3351 kaufen oder Produkte aus sozial
 3352 unverträglicher Herstellung in den Regalen
 3353 liegenlassen. Allzu häufig allerdings sind
 3354 Verbraucherinnen und Verbraucher
 3355 gegenüber den Anbieterinnen und
 3356 Anbietern von Waren und Dienstleistungen
 3357 benachteiligt. Ihnen fehlen Fachkenntnis
 3358 und sachgerechte Informationen. DIE
 3359 LINKE will den Verbraucherinnen und
 3360 Verbrauchern daher umfassende
 3361 Transparenz und Information garantieren
 3362 und sie in ihren Rechten stärken.

3363 **DIE LINKE fordert:**

3364 • die Verbraucherrechte stärken und
 3365 vorsorgenden Verbraucherschutz
 3366 verankern: Verbraucherinnen und
 3367 Verbrauchern umfassende Rechte auf

3368 Information und Transparenz einräumen;
 3369 Rechte der Verbraucherverbände sowie der
 3370 Verbraucherinnen und Verbraucher
 3371 stärken; Ampelkennzeichnung bei
 3372 Lebensmitteln einführen;

3373 • die Verbraucherpolitik sozial gerecht
 3374 gestalten: vor allem einkommensschwache,
 3375 bildungsferne oder unerfahrene
 3376 Verbraucherinnen und Verbraucher
 3377 unterstützen;

3378 • die Nachweispflichten umkehren:
 3379 Produzentenhaftung ausweiten,
 3380 Geschädigtenschutz verbessern;

3381 • Telefon-Verkäufe neu regeln:
 3382 Rechtswirksamkeit telefonisch vereinbarter
 3383 Verträge an schriftliche Bestätigung
 3384 binden.

3385 **5. Frieden und Gerechtigkeit –**
 3386 **weltweit!**

3387 *„Ich möchte Erde, Feuer, Brot, Mehl, Zucker,*
 3388 *Meer, Bücher, Heimat für Alle.“*
 3389 **Pablo Neruda**

3390 Die Welt, in der wir leben, ist in den
 3391 vergangenen Jahren nicht friedlicher und
 3392 sicherer geworden. Sie wird von vielfältigen
 3393 Krisen erschüttert. Der globale
 3394 Kapitalismus hat die Finanzmärkte in den
 3395 Abgrund und die Volkswirtschaften vieler
 3396 Länder in eine tiefe Rezession gestürzt. In
 3397 den Industrieländern sind damit fühlbare
 3398 Wohlstandsverluste für die Bürgerinnen
 3399 und Bürger verbunden. In den nicht
 3400 industrialisierten und rohstoffarmen
 3401 Ländern erleben Armut, Hunger und
 3402 Seuchen einen katastrophalen Anstieg.

3403 Deutsche Außenpolitik muss
 3404 Friedenspolitik werden. Gute Außenpolitik,
 3405 die den Interessen des eigenen Landes an
 3406 einer auf Frieden, Gerechtigkeit und
 3407 Gleichheit verpflichteten Weltordnung
 3408 gerecht werden will, muss sich bewusst
 3409 sein, was das eigene Handeln in der Welt
 3410 bei anderen bewirkt: Für eine Bewohnerin
 3411 der südlichen Halbkugel muss es völlig
 3412 unbegreiflich sein, dass allein die EU-
 3413 Staaten Rettungspakete für Banken
 3414 schnüren, deren Summe sich auf zwei
 3415 Billionen Dollar beläuft, während ein
 3416 Bruchteil davon ausreichen würde, um die

3417 schlimmsten Plagen der Menschheit, vom
 3418 Hunger bis zum Analphabetismus, zu
 3419 besiegen. Diese unfassbaren
 3420 Missverhältnisse müssen wirksam
 3421 bekämpft werden.

3422 Tatsächlich aber bekommt die Außenpolitik
 3423 der industrialisierten, rohstoffarmen Länder
 3424 wie Deutschland in wachsendem Maße den
 3425 Charakter einer imperialen Rohstoff- und
 3426 Energiesicherungspolitik. Die Konkurrenz
 3427 um die noch verbliebenen Rohstoffe zieht
 3428 immer öfter Gewalt und Kriege nach sich.
 3429 Wirtschafts-, Energie- und Klimakrise
 3430 verschärfen die weltweite Ernährungs- und
 3431 Grundversorgungskrise. Milliarden
 3432 Menschen haben weder ausreichende
 3433 Nahrung noch Zugang zu sauberem Wasser
 3434 und elektrischer Energie. Von
 3435 gesundheitlicher Versorgung und Bildung
 3436 ganz zu schweigen.

3437 Streben nach Vorherrschaft und Einsatz
 3438 militärischer Stärke sind keine Grundlage
 3439 für die Krisenbewältigung. Wer Kooperation
 3440 erreichen will, muss das Völkerrecht und
 3441 die Menschenrechte achten. Die zentrale
 3442 Institution muss die UNO werden. DIE
 3443 LINKE ist die Partei des Völkerrechts und
 3444 der Durchsetzung des Gewaltverbots in den
 3445 internationalen Beziehungen.

3446 **5.1. Entwicklung braucht**
 3447 **Gerechtigkeit**

3448 *„Zum ersten Mal in der Geschichte der*
 3449 *Menschheit ist der objektive Mangel*
 3450 *besiegt, und die Utopie des gemeinsamen*
 3451 *Glücks wäre materiell möglich.“*
 3452 **Jean Ziegler, UN-Beauftragter für das**
 3453 **Recht auf Nahrung**

3454 DIE LINKE fordert eine grundlegende
 3455 Neuorientierung der
 3456 Entwicklungszusammenarbeit. Wohlstand
 3457 basiert nicht allein auf Konsum und
 3458 Wirtschaftswachstum, sondern auch auf
 3459 Werten wie Achtung der Menschenwürde,
 3460 sichere Arbeitsplätze, verlässliche
 3461 Sozialsysteme. Die
 3462 Entwicklungszusammenarbeit der
 3463 westlichen Industrieländer zielt bisher auf
 3464 eigene wirtschaftliche Vorteile. Ein
 3465 Vielfaches dessen, was als Hilfe von Nord
 3466 nach Süd fließt, kommt über Zinstilgungen,

3467	Kapitalflucht und ungerechten Handel	3520	• Frauenförderung zum
3468	zurück.	3521	entwicklungspolitischen Schwerpunkt
3469	Agrarsubventionen und	3522	machen: Geschlechtergerechtigkeit auf
3470	Freihandelsabkommen, die Industrieländer	3523	allen wirtschaftlichen, politischen und
3471	begünstigen, behindern die Entwicklung in	3524	sozialen Ebenen konsequent fördern; bei
3472	den nicht industrialisierten Ländern.	3525	der Vergabe von Geldern die jeweilige
3473	Entwicklungspolitik muss die Süd-Süd-	3526	geschlechtsspezifische Arbeitsteilung,
3474	Beziehungen und regionale Märkte als	3527	beispielsweise in der Agrarproduktion,
3475	Gegenpol zur globalen Handelspolitik	3528	berücksichtigen; in
3476	stärken, die Verarbeitung von Rohstoffen	3529	Frauenförderungsprojekte investieren, eine
3477	im eigenen Land fördern und für faire	3530	qualitativ gute Grundbildung für Mädchen
3478	Preise sorgen. Zu den obersten Zielen der	3531	und Weiterbildungsmaßnahmen für Frauen
3479	Entwicklungszusammenarbeit gehört die	3532	unterstützen;
3480	sichere Versorgung der Bevölkerungen in	3533	• gerechte Handelsstrukturen herstellen,
3481	den nicht industrialisierten Ländern mit	3534	Entwicklungsländer entschulden: die EU-
3482	Nahrungsmitteln aus eigener Kraft. Die	3535	Exportsubventionen abschaffen; die
3483	Förderung der Kleinbäuerinnen und	3536	„Wirtschaftspartnerschaftsabkommen“ mit
3484	Kleinbauern ist zu unterstützen, auf Kosten	3537	den AKP-Staaten (Afrika, Karibik, Pazifik)
3485	der rein exportorientierten Agrarindustrie.	3538	und andere Freihandelsabkommen neu
3486	Frauen spielen für die beständige	3539	verhandeln; faire Schiedsverfahren für
3487	Entwicklung auf allen Ebenen, in der	3540	insolvente Staaten schaffen;
3488	Bildung, in der Wirtschaft, in den familiären	3541	• wirkungsvolle und verlässliche Nothilfe
3489	Zusammenhängen eine tragende und	3542	gewährleisten: die Zahlungen für die
3490	entscheidende Rolle. Erfolgreiche	3543	internationale Nothilfe auf eine verbindliche
3491	Entwicklungspolitik – das zeigen weltweite	3544	Basis stellen und finanzkrisensicher
3492	Erfahrungen – ist immer auch aktive Frau-	3545	machen; Hilfen ohne wirtschaftspolitische
3493	enförderungspolitik.	3546	Auflagen gewähren;
3494	Entwicklungspolitische Zusammenarbeit	3547	• Entwicklungspolitik an zivile
3495	muss sich schwerpunktmäßig auf die	3548	Konfliktprävention, Völkerrecht und
3496	Unterstützung der am wenigsten	3549	Menschenrechte sowie aktive
3497	entwickelten Länder konzentrieren mit dem	3550	Friedenspolitik binden: Unterordnung der
3498	Ziel, herausragende regionale Ergebnisse	3551	Entwicklungszusammenarbeit unter die
3499	zu erzielen. Dabei sollte sie sich auf lokal	3552	Außen- und Sicherheitspolitik beenden; die
3500	gesteuerte Entwicklungsinitiativen auf	3553	demokratischen und fortschrittlichen
3501	kommunaler und regionaler Ebene stützen	3554	Bewegungen des Südens direkt stärken,
3502	sowie Selbsthilfegruppen,	3555	die Zielgruppen der Projekte in die Planung
3503	Nichtregierungsorganisationen und	3556	und Umsetzung einbeziehen und
3504	Mikrofinanzierungssysteme fördern.	3557	internationale Hilfen besser koordinieren;
3505	DIE LINKE fordert:	3558	• Entwicklungsländern Lizenzen für
3506	• das Menschenrecht auf Nahrung und die	3559	preiswerte Medikamente zur Verfügung
3507	Nahrungssouveränität verwirklichen:	3560	stellen;
3508	Kleinbäuerinnen und Kleinbauern,	3561	• 0,7 Prozent des Bruttoinlandsproduktes
3509	angepasste Technologien und eine	3562	für die Entwicklungshilfe bereitstellen.
3510	gerechte Land- und Ressourcenverteilung	3563	
3511	ins Zentrum der Förderung rücken;		
3512	• Spekulation mit Nahrungsmitteln		
3513	verbieten: die Finanzmärkte regulieren,		
3514	Hedgefonds und spekulative Geschäfte mit		
3515	Nahrungsmitteln unterbinden; den Import		
3516	von Agrarrohstoffen zur Bio-Sprit-		
3517	Erzeugung ausschließen, bis die globale		
3518	Nahrungsmittelversorgung nachhaltig		
3519	gesichert ist;		

3564 **5.2. Globale Lösungen erfordern**
 3565 **globale Kooperation**

3566 „Unsere Aufgabe ist es, die Welt schöner,
 3567 sicherer und besser zu machen, als wir sie
 3568 angetroffen haben.“ **Muhammad Yunus,**
 3569 **Friedensnobelpreisträger**

3570 Das Völkerrecht ist die einzige
 3571 Rechtsgrundlage zwischen den Staaten.
 3572 Wenn es verletzt werden darf, gilt kein
 3573 Recht mehr, sondern nur noch das Recht
 3574 des Stärkeren. Deshalb wird DIE LINKE, im
 3575 Gegensatz zu den anderen Parteien,
 3576 keinem Bruch des Völkerrechts zustim-
 3577 men. Aber solange die Vetomächte des UN-
 3578 Sicherheitsrates und ihre Verbündeten das
 3579 Völkerrecht brechen, ohne mit Sanktionen
 3580 rechnen zu müssen, bleibt die UNO eher
 3581 machtlos. Wir wollen, dass die UNO
 3582 politisch gestärkt wird. UN-mandatierte
 3583 Kriege wie auch eine weitere Militarisierung
 3584 der UNO lehnen wir ab. Zu diesem Zweck
 3585 müssen die Mitgliedstaaten der UNO mehr
 3586 Mittel und Kompetenzen geben.

3587 Nur so kann die UNO bei internationalen
 3588 Problemen helfen, weltweit Frieden und
 3589 soziale Gerechtigkeit fördern und sichern.
 3590 Unverzichtbar ist die Demokratisierung der
 3591 Vereinten Nationen. Unabhängig von der
 3592 ausstehenden UN-Reform muss die
 3593 aktuelle Entwertung des Völkerrechts
 3594 gestoppt werden. Es gibt keine
 3595 „humanitären“ Militärinterventionen. DIE
 3596 LINKE lehnt daher alle völkerrechtswidrigen
 3597 Militär- und Kriegseinsätze, auch mit UN-
 3598 Mandat, ab. Kriege sind immer inhuman
 3599 und die gravierendste
 3600 Menschenrechtsverletzung.

3601 Deutschland und die EU müssen die
 3602 „Millenniumsziele“ der UNO nachdrücklich
 3603 unterstützen und dazu beitragen, dass die
 3604 Reform der Weltwirtschaftsordnung nicht
 3605 eine Angelegenheit der G8- und G20-
 3606 Staaten bleibt, sondern auf die Agenda der
 3607 UNO kommt. Eine wirksame globale
 3608 Klimapolitik verlangt eine klimapolitisch
 3609 aktive UNO. Das bisherige System des
 3610 Emissionshandels hat sich als weitgehend
 3611 unwirksam erwiesen. Emissionsrechte
 3612 wurden in der Regel verschenkt. Die
 3613 Vorgaben zur Verringerung des CO2-
 3614 Ausstoßes waren zu schwach.
 3615 Entwicklungspolitische Steuerung war nicht
 3616 vorgesehen. Globale Klimapolitik muss von
 3617 dem Grundsatz der Gleichheit der

3618 Menschen ausgehen. Pro Kopf darf dann
 3619 auf jeden Menschen nur die gleiche Menge
 3620 CO2-Ausstoß entfallen, die global auf
 3621 Dauer klimaverträglich ist. Wer diesen
 3622 Grundsatz globaler Gleichheit ernst nimmt,
 3623 erkennt, dass vor allem die
 3624 industrialisierten Länder schnell und
 3625 energisch handeln müssen.

3626 **DIE LINKE fordert:**

3627 • deutsche Außenpolitik auf eine Stärkung
 3628 der UNO orientieren: das Völkerrecht als
 3629 vertragliche Grundlage der Beziehungen
 3630 zwischen den Staaten anerkennen,
 3631 durchsetzen und weiterentwickeln;

3632 • die UNO demokratisch reformieren: die
 3633 Instrumentalisierung der UNO für die
 3634 Mandatierung von Kriegen beenden;
 3635 Militärbündnisse der UNO unterordnen; der
 3636 UNO-Vollversammlung mehr Recht
 3637 einräumen;

3638 • die Millenniumsziele der UNO bis 2015
 3639 verwirklichen: die schlimmsten Geißeln der
 3640 Menschheit wie Armut, Hunger, Nahrungs-
 3641 und Trinkwassermangel, Seuchen und
 3642 Krankheiten, Mütter- und
 3643 Säuglingssterblichkeit, Unterentwicklung
 3644 und Analphabetismus drastisch reduzieren
 3645 und ihre Bekämpfung in völkerrechtlich
 3646 verbindlichen Regelungen festschreiben;

3647 • eine aktive Rolle der UNO bei der Reform
 3648 der Weltwirtschaftsordnung akzeptieren:
 3649 eine neue Weltwirtschaftsordnung nicht
 3650 allein den mächtigen Staaten überlassen;
 3651 die Finanzmärkte strikt regulieren; ein
 3652 System fester Wechselkurse schaffen; in
 3653 der Politik der Welthandelsorganisation
 3654 (WTO) die Dogmen der Privatisierung, der
 3655 Liberalisierung und des Freihandels
 3656 überwinden und entwicklungspolitisch
 3657 sinnvolle Ziele im Rahmen einer sozial,
 3658 politisch und wirtschaftlich gerechten
 3659 Weltwirtschaftsordnung stärken;

3660 • die UNO zur globalen Instanz bei der
 3661 Bewältigung der überlebenswichtigen
 3662 Fragen der Menschheit wie Ernährung,
 3663 Klimawandel, Wasser- und
 3664 Energieversorgung machen.

3665

3666 **5.3. Deutsche Außenpolitik –**
 3667 **Rückkehr zur Friedenspolitik**
 3668 **durchsetzen!**

3669 „Wenn uns zugemutet wird, die Mordwaffen
 3670 gegen unsere französischen oder anderen
 3671 ausländischen Brüder zu erheben, so
 3672 erklären wir: ‚Nein, das tun wir nicht!‘“
 3673 **Rosa Luxemburg, 25.9.1913 auf einer**
 3674 **Kundgebung in Frechenheim (für diese**
 3675 **„Aufforderung zum Ungehorsam gegen**
 3676 **Gesetz und Anordnungen der Obrig-**
 3677 **keit“ wurde sie 1914 zu einem Jahr**
 3678 **Gefängnis verurteilt.)**

3679 Die deutsche Außenpolitik ist von SPD und
 3680 Grünen remilitarisiert worden und
 3681 zunehmend auf die imperiale Durchsetzung
 3682 von Kapitalinteressen gerichtet. Seit dem
 3683 Angriffskrieg gegen das damalige
 3684 Jugoslawien beteiligt sich die
 3685 Bundesrepublik Deutschland aktiv an
 3686 Handlungen, die das Völkerrecht verletzen.
 3687 Das Gewaltverbot in den internationalen
 3688 Beziehungen als Kern des Gewaltmonopols
 3689 der Vereinten Nationen ist zu achten.
 3690 Deutschland beteiligt sich entweder direkt
 3691 (Kosovo, Afghanistan) oder indirekt (Irak)
 3692 an Militärinterventionen und
 3693 völkerrechtswidrigen Kriegen. Als NATO-
 3694 Mitgliedstaat akzeptiert die Bundesrepublik
 3695 Deutschland das Neue Strategische
 3696 Konzept der NATO, das die Verfolgung
 3697 ökonomischer Interessen zu einer
 3698 militärischen Aufgabe erklärt.

3699 Die beiden großen Kriege der letzten Jahre
 3700 waren der Afghanistan-Krieg und der Irak-
 3701 Krieg, der ein Krieg um Öl ist. Insbesondere
 3702 der Krieg in Afghanistan wird gegenüber
 3703 jeder Kritik zäh verteidigt, weil die NATO im
 3704 Falle eines Scheiterns ihre
 3705 Interventionsfähigkeit in Frage gestellt
 3706 sieht. Ihr eigentliches Kriegsziel ist, sich als
 3707 globale Interventionsmacht zu zeigen.
 3708 Dadurch aber wird die Lage in Afghanistan
 3709 deutlich schwieriger. Es gibt keinen
 3710 militärischen Sieg im sogenannten Anti-
 3711 Terror-Krieg.

3712 Gemessen an den globalen
 3713 Herausforderungen, ist die deutsche
 3714 Außenpolitik kontraproduktiv. Die
 3715 Bundesregierung orientiert sich
 3716 außenpolitisch stärker an der
 3717 Konfrontations- und Interventionspolitik
 3718 der USA und der NATO als an der Aufgabe,

3719 kooperative Antworten auf globale
 3720 Probleme zu finden.

3721 **Die Linke fordert:**

3722 • den Verteidigungsetat verkleinern und
 3723 den zivilen Friedensdienst ausbauen;
 3724 • die NATO ersetzen durch ein kollektives
 3725 Sicherheitssystem unter Beteiligung
 3726 Russland: die Errichtung des
 3727 „Raketenabwehrschildes“ in Osteuropa
 3728 verhindern; die zivilen Partnerschafts- und
 3729 Kooperationsabkommen zwischen EU und
 3730 Russland ausbauen; die Östliche
 3731 Partnerschaft mit Staaten aus der früheren
 3732 Sowjetunion unter Berücksichtigung der
 3733 Sicherheitsinteressen Russlands gestalten;

3734 • radikal abrüsten: die Wehrpflicht
 3735 abschaffen; die Bundeswehr zu einer
 3736 Verteidigungsarmee umgestalten und
 3737 deutlich verkleinern; Jugendoffiziere in
 3738 Schulen, Universitäten und
 3739 Arbeitsagenturen nur mit Vertreterinnen
 3740 und Vertretern gegenteiliger Auffassungen
 3741 auftreten lassen;

3742 • keinem Ausweitungsvorhaben der NATO
 3743 zustimmen: die Beteiligung an der NATO
 3744 Response Force (NRF) und multinationalen
 3745 Rüstungsprogrammen ablehnen; keiner
 3746 Ausweitung des NATO-Auftrages
 3747 (Strategischer Seetransport,
 3748 Katastrophenschutz, Energiesicherheit)
 3749 zustimmen; NATO-Doktrin präventiver
 3750 Kriege und des Einsatzes von Atomwaffen
 3751 beenden; aktive Schritte zu einer
 3752 atomwaffenfreien Welt unternehmen;

3753 • keine Auslandskriegseinsätze der
 3754 Bundeswehr zulassen – auch nicht unter
 3755 UN-Mandat: keine Militärberater zur
 3756 Unterstützung autoritärer Regimes
 3757 entsenden;

3758 • die UN-Resolution 1325 „Frauen und
 3759 Frieden“ umsetzen: Frauen und Mädchen in
 3760 Kriegs- und Krisensituationen schützen und
 3761 an Friedensprozessen aktiv beteiligen; na-
 3762 tionalen Aktionsplan zur Umsetzung der
 3763 UN-Resolution 1325 auflegen;

3764 • die Bundeswehr sofort aus Afghanistan
 3765 abziehen;

3766 • Rüstungsexporte verbieten;

3767 • alle militärischen Stützpunkte
 3768 ausländischer Armeen in Deutschland
 3769 schließen und alle Atomwaffen vernichten
 3770 lassen.

3771 **5.4. Deutschland in Europa: Für**
 3772 **eine soziale, demokratische und**
 3773 **friedliche Europäische Union**

3774 „Die internationalen Finanzmärkte haben
 3775 heute einen Komplexitätsgrad erreicht, der
 3776 dem Weltwetter in nichts nachsteht.“
 3777 **Susan George, 1998**

3778 Die Europäische Union ist unverzichtbares
 3779 politisches Handlungsfeld für die Sicherung
 3780 des Friedens in Europa, für die Bewältigung
 3781 der globalen Wirtschaftskrise, für die
 3782 Wahrung von Beschäftigteninteressen, für
 3783 den sozialökologischen Umbau des
 3784 europäischen Binnenmarktes, für die
 3785 Lösung der globalen Herausforderungen
 3786 und die globale Kooperation. Europa und
 3787 die Europäische Union sind hierfür nicht
 3788 gut gerüstet.

3789 Die Regierungen der EU-Staaten haben die
 3790 Begeisterung vieler Bürgerinnen und
 3791 Bürgern für Europa auf lange Zeit verspielt.
 3792 Der Wettlauf um die niedrigsten Steuern,
 3793 Löhne und Sozialleistungen wurde
 3794 gefördert und die abhängig Beschäftigten
 3795 der europäischen Staaten wurden
 3796 gegeneinander ausgespielt.

3797 Die Europäische Union hat bisher darauf
 3798 verzichtet, die politischen Instrumente zu
 3799 schaffen, um auf globale Krisen der
 3800 Wirtschafts-, der Klima- und Energiepolitik
 3801 sowie der Lebensmittelversorgung
 3802 angemessen zu reagieren. Die Europäische
 3803 Union, die EU-Kommission und der
 3804 Europäische Gerichtshof sind bislang auf
 3805 eine Politik festgelegt, die zu den Ursachen
 3806 dieser Krisen zählt: Durchsetzung der
 3807 europäischen Wirtschaftsfreiheiten, der
 3808 Dienstleistungs- und Kapitalfreiheiten, der
 3809 Entstaatlichung, Privatisierung und
 3810 Deregulierung. Das muss sich ändern.

3811 **Die Linke fordert:**

3812 • eine europäische Wirtschaftsregierung
 3813 einrichten: Geld-, Finanz- und
 3814 Wirtschaftspolitik koordinieren;

3815 • die Europäische Zentralbank (EZB)
 3816 gleichrangig auf Preisstabilität, nachhaltige
 3817 Entwicklung und Beschäftigung
 3818 verpflichten: EZB durch das Europäische
 3819 Parlament und den Rat der Wirtschafts-
 3820 und Finanzminister kontrollieren;

3821 • den Stabilitäts- und Wachstumspakt
 3822 durch eine Vereinbarung für nachhaltige
 3823 Entwicklung, Vollbeschäftigung, soziale
 3824 Sicherheit und Umweltschutz ersetzen;

3825 • eine soziale Fortschrittsklausel mit dem
 3826 Titel „Gleicher Lohn für gleichwertige Ar-
 3827 beit am gleichen Ort sichern“ in
 3828 europäische Verträge aufnehmen;

3829 • eine europäische Verfassung durch
 3830 Bürgerinnen und Bürger mit gestalten
 3831 lassen und am selben Tag allen
 3832 Bürgerinnen und Bürgern der Europäischen
 3833 Union zur Abstimmung vorlegen;

3834 • die Gleichberechtigung von Frauen und
 3835 Männern verwirklichen, Diskriminierungs-
 3836 schutz ausbauen: Diskriminierung von
 3837 Menschen wegen ihrer ethnischen
 3838 Herkunft, ihres Geschlechts, der Religion
 3839 oder Weltanschauung, einer Behinderung,
 3840 des Alters oder der sexuellen Identität
 3841 europaweit ausschließen;

3842 • die EU-Regional- und Strukturpolitik mit
 3843 ausreichenden finanziellen Mitteln aus-
 3844 statten: Auf- und Ausbau der
 3845 Verkehrsverbindungen zwischen Ost- und
 3846 Westeuropa; die Zusammenarbeit in der
 3847 Grenzregionen, zum Beispiel zwischen
 3848 Deutschland und Polen und Tschechien,
 3849 verstärkt entwickeln;

3850 • die Grenzschutzagentur FRONTEX
 3851 abschaffen;

3852 • die Europäische Verteidigungsagentur
 3853 durch eine Abrüstungsagentur ersetzen;

3854 • militärische Auslandseinsätze im
 3855 Rahmen der Europäischen Außen- und
 3856 Sicherheitspolitik beenden.

3857

3858 **6. Konsequenz sozial. Für**
3859 **Demokratie und Frieden.**

3860 *„Was mich am meisten beunruhigt, ist die*
3861 *himmelschreiende soziale Ungerechtigkeit,*
3862 *die darin besteht, dass die sozialisierten*
3863 *Kosten des Systemversagens die*
3864 *verletzbarsten sozialen Gruppen am*
3865 *härtesten treffen. (...) Die Politik macht sich*
3866 *lächerlich, wenn sie moralisiert, statt sich*
3867 *auf das Zwangsrecht des demokratischen*
3868 *Gesetzgebers zu stützen. Sie und nicht der*
3869 *Kapitalismus ist für die*
3870 *Gemeinwohlorientierung zuständig.“*
3871 **Jürgen Habermas, November 2008**

3872 In der gegenwärtigen Weltwirtschaftskrise
3873 rufen selbst die neoliberalen
3874 Fundamentalistinnen und
3875 Fundamentalisten nach dem rettenden
3876 Staat. Das ist die Stunde der Politik! Wer in
3877 der Krise die Gelegenheit versäumt, die
3878 Spielregeln grundlegend zu ändern, bereitet
3879 durch Unterlassung die nächste Krise vor.
3880 Er handelt verantwortungslos gegenüber
3881 den Mehrheitsinteressen: Arbeit,
3882 Einkommen, Wohlstand, Sicherheit,
3883 Gesundheit, Bildung, Kultur in einer gut
3884 organisierten Gesellschaft, die in
3885 demokratischer Gleichheit aller über ihre
3886 öffentlichen Angelegenheiten entscheidet
3887 statt von Banken- und Konzernmacht
3888 erpresst zu werden.

3889 DIE LINKE steht für soziale Gerechtigkeit,
3890 für den Umbau von Wirtschaft und
3891 Gesellschaft, für die Interessen der
3892 Lohnabhängigen und für die
3893 gleichberechtigte Teilhabe der vom Kapi-
3894 talismus Ausgegrenzten und
3895 Ausgemusterten. Dafür setzen wir uns ein,
3896 im Deutschen Bundestag und in der
3897 Gesellschaft.

3898 Links wirkt! Das haben die vergangenen
3899 vier Jahre gezeigt. Auf eine erstarkte LINKE
3900 reagieren die anderen Parteien, weil sie uns
3901 und um ihre Wählerinnen und Wähler
3902 fürchten. Wenn jetzt auch andere Parteien
3903 mit Forderungen der LINKEN wie
3904 Mindestlohn, Börsenumsatzsteuer,
3905 längeres Arbeitslosengeld, Abschaffung der
3906 Lohndiskriminierung von Frauen, mehr
3907 Ausgaben für die Bildung um
3908 Wählerstimmen werben, dann ist das gut
3909 so, wenngleich schlimme Erfahrungen mit
3910 Wahlversprechen nicht vergessen sind. Wir
3911 werden sie beim Wort nehmen! Wir werden

3912 die Probleme zur Sprache bringen und
3913 unsere Vorschläge zur Abstimmung stellen!

3914 Der Politikwechsel, der jetzt, mitten in der
3915 Krise notwendig ist, erfordert
3916 Entschiedenheit und Mut. Er erfordert auch
3917 politischen Druck aus der Gesellschaft, aus
3918 Vereinen, Betrieben und sozialen
3919 Bewegungen, aktives Einmischen. Unsere
3920 Fraktion wird auch in den kommenden vier
3921 Jahren offen sein für den Protest und die
3922 Forderungen der Arbeitnehmerinnen und
3923 Arbeitnehmer und ihrer Gewerkschaften,
3924 der Globalisierungskritikerinnen und
3925 -kritiker, der Frauenbewegung und der
3926 Erwerbslosen, von Vertreterinnen und
3927 Vertretern aus Wissenschaft, Kultur und
3928 Religion sowie von sozial verantwortlichen
3929 Unternehmerinnen und Unternehmern. Ihre
3930 Ideen und ihr Engagement werden
3931 gebraucht. DIE LINKE wirkt. Dafür
3932 brauchen wir Ihre Stimmen am Wahltag,
3933 mit denen Sie unsere Fraktion
3934 entsprechend verpflichten.

3935 **Je stärker DIE LINKE, desto sozialer das**
3936 **Land.**

